

EP-02 BDK Europa - A Was Wohlstand schützt

Gremium: für KMV eingepflegt
Beschlussdatum: 23.09.2023
Tagesordnungspunkt: EP-WP BDK Europawahlprogramm

Antragstext

1 Vom kleinen Handwerksbetrieb über den regional verankerten Mittelständler bis hin zum
2 internationalen Großunternehmen: Europas vielgestaltige und innovative Wirtschaft ist global
3 wettbewerbsfähig – und Deutschland profitiert wie kein zweiter Mitgliedstaat von der
4 europäischen Integration und dem Binnenmarkt. Produkte und Dienstleistungen aus Thüringen
5 oder Hessen werden zwischen Andalusien und Lappland, zwischen Riga und Nikosia gehandelt,
6 als lägen diese Orte nur wenige Kilometer voneinander entfernt. Wir sind auch deshalb die
7 viertstärkste Wirtschaftsnation der Welt, weil wir auf europäischer Ebene die Kräfte
8 bündeln.

9 Europa macht uns stark. Europa zu stärken, ist deshalb in unserem ureigenen Interesse. Vor
10 allem geht es nun darum, dort voranzugehen, wo die Stärke der nächsten Jahre und Jahrzehnte
11 entsteht. Dafür haben wir einen Plan: die klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft
12 und Infrastruktur. Sie ist für uns kein Selbstzweck, sondern der Schlüssel zu mehr
13 Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand, zu Lebensqualität, zu guten Arbeitsplätzen und fairen
14 Löhnen, zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen – und damit zu einer stabilen Grundlage für
15 mehr soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt in ganz Europa.

16 Wir setzen alles daran, dass Europa nicht an der Seitenlinie steht, während China oder die
17 USA massiv in die Entwicklung ihres Standortes und der Zukunftstechnologien investieren. Wir
18 nehmen die Herausforderung an: Wir wollen, dass sich Deutschland und Europa auf den Märkten
19 der Zukunft durchsetzen – bei erneuerbaren Energien und Wasserstoff, bei digitalen
20 Dienstleistungen und Künstlicher Intelligenz (KI), bei modernster Batterietechnik und grünem
21 Stahl. Das ist eine Frage der Unabhängigkeit. Wirtschaftspolitik ist heute auch
22 Sicherheitspolitik.

23 Europas Wohlstand und seine Lebensqualität sind unmittelbar mit seinen natürlichen
24 Grundlagen verbunden – mit fruchtbaren Böden und sauberen Meeren, mit Lebensräumen für eine
25 große Artenvielfalt, mit einer intakten Natur an den Küsten und in den Wäldern. In ihrem
26 Zusammenspiel gedeiht Landwirtschaft in unmittelbarer Nachbarschaft zu High-Tech-
27 Unternehmen, sind Handwerksbetriebe in lebenswerten ländlichen Räumen verankert, lässt sich
28 aus den Städten in wenigen Stunden in Wälder oder Berge reisen.

29 Wohlstand in Europa bedeutet fair bezahlte Jobs und gute öffentliche Dienstleistungen in
30 einem funktionierenden Wirtschaftsraum. Wohlstand bedeutet aber eben auch saubere Luft,
31 reines Wasser und bezahlbare, gute Lebensmittel.

32 Wir treten an, unseren Wohlstand zu erneuern, indem wir ihn auf ein klimaneutrales Fundament
33 stellen – eines, das über die nächsten Jahre und Jahrzehnte trägt. Wir haben den European
34 Green Deal auf die Agenda gesetzt, er ist die richtige Strategie. Jetzt sorgen wir dafür,
35 dass er in allen Bereichen seine Wirkung entfaltet: von der Energieerzeugung über Mobilität
36 und Landwirtschaft bis hin zur Industriepolitik. Denn Klimaschutz wird zunehmend zu einem
37 entscheidenden Wettbewerbs- und Standortfaktor. Wollen wir unseren Wohlstand bewahren und
38 neuen schaffen, müssen wir Europäer*innen nicht nur das Klima schützen, sondern auch diesen
39 Wettbewerb annehmen.

40 Voraussetzung hierfür ist eine aktive europäische Wirtschafts- und Industriepolitik, die
41 Innovation ermöglicht und nachhaltige Infrastruktur baut; die den Mut zu gezielten
42 strategischen Investitionen aufbringt; die uns unabhängig macht von den Autokratien dieser
43 Welt – und unser aller Leben damit krisenfest und bezahlbar. Wir wollen deshalb jetzt – von
44 der Sonnenenergie aus Andalusien bis hin zum Wind über der Nordsee – die erneuerbaren
45 Energien und die Stromnetze in ganz Europa ausbauen. Wenn wir aus der Europäischen Union
46 (EU) eine moderne Infrastrukturunion machen wollen, dann tun wir das, um die industrielle
47 Produktion, um Strom und Wärme, um günstige Energie für alle zu sichern.

48 Wenn wir in Forschung und Entwicklung investieren, dann tun wir das, damit sich die besten
49 Ideen weiterhin auf unserem Kontinent zu Hause fühlen. Wenn wir Bürokratie abbauen, dann tun
50 wir das, um die EU in den Dienst der Europäer*innen, nicht der Paragraphen und Behörden zu
51 stellen. Und wenn wir die Potenziale der Digitalisierung nutzen, dann tun wir das, um Daten
52 im Sinne der Menschen in Europa nutzbar zu machen, nicht umgekehrt.

53 Kein Land in Europa ist diesen Aufgaben allein gewachsen. Gemeinsam aber sind wir es.
54 Gemeinsam in der EU sind wir in der Lage, politische Antworten zu geben, die wirksam und
55 wirkmächtig genug sind, um es mit der globalen Erwärmung und systemischer Konkurrenz
56 gleichermaßen aufzunehmen.

57 Diesen Weg gehen wir. Wir wollen eine gerechte und handlungsfähige EU, die Sicherheit
58 schafft im Hier und Jetzt – und zugleich die Weichen stellt für den Wohlstand und
59 Zusammenhalt von morgen. Wir wollen eine EU, in der Wohlstand im Einklang mit der Natur und
60 dem Klima entsteht. Und wir wollen eine EU, in der nicht die soziale oder geografische
61 Herkunft, der Zugang zu Bildung oder das Geschlecht über die Chance auf ein gutes Leben
62 entscheiden, sondern in der alle Menschen am Wohlstand teilhaben können.

63 Für dieses Europa treten wir an. Dieses Europa wollen wir sein.

64 **1. Ein klimaneutrales Europa**

65 In Energiesicherheit investieren

66 Um die Klimaziele zu erreichen, braucht Europa eine echte Energieunion mit effizienter und
67 nachhaltiger Energieversorgung, die die Potenziale des gesamten Kontinents nutzt und
68 miteinander verbindet. Wir bauen erneuerbare Energien als Teil einer aktiven Wirtschafts-
69 und Industriepolitik europaweit massiv aus: Bis 2035 sollen sie den wesentlichen Beitrag
70 dazu leisten, die europäische Stromversorgung zu 100 Prozent klimaneutral sicherzustellen.
71 Denn nur die Erneuerbaren garantieren eine unabhängige Versorgung und auf Dauer günstigen
72 Strom, mit dem Europa langfristig wettbewerbsfähig wirtschaften kann. Wir wollen, dass
73 Deutschland auf diesem Weg mit gutem Beispiel vorangeht.

74 Deshalb brauchen wir in den nächsten Jahren überall in Europa die Elektrifizierung von
75 Verkehr, Industrie und Haushalten sowie massive Investitionen in den Ausbau von Wind und
76 Solar. In Zukunft wollen wir dabei noch stärker europäisch zusammenarbeiten. Gleichzeitig
77 müssen wir energieeffizienter werden und die entsprechenden Vorgaben weiter anpassen.

78 Um den Strom überall in Europa verlässlich dorthin zu transportieren, wo er gebraucht wird,
79 wollen wir im Rahmen der Infrastrukturunion das europäische Stromnetz stärken und dabei vor
80 allem die Verbindungen zwischen den Mitgliedstaaten massiv ausbauen. Ein stabiles
81 europäisches Stromnetz macht uns widerstandsfähiger und erhöht unsere Versorgungssicherheit.
82 Das hat die Energiekrise sehr deutlich gezeigt, als die Staaten Europas sich gegenseitig
83 beispringen konnten. Wir wollen es deshalb nun auch für 100 Prozent erneuerbare Energien fit

84 machen. So können wir die Synergien in der EU nutzen, in der immer irgendwo der Wind weht
85 oder die Sonne scheint. Wir etablieren eine EU-Netzplanung – insbesondere für
86 grenzüberschreitende Projekte und den Ausbau der Windenergie in den Meeren der EU. In
87 Zukunft müssen darüber hinausgehend die Stromnetze, Wasserstoffnetze, Gasnetze und
88 Wärmenetze zusammengedacht werden. Wir richten das Strommarktdesign, die Netzentgelte und
89 die Bedingungen von Stromspeichern systematisch auf die Integration erneuerbarer Energien
90 aus.

91 Generationen von Menschen in den Kohlerevieren haben einen wertvollen Beitrag zu
92 Energiesicherheit, zum Fortschritt und zu unserem Wirtschaftsstandort geleistet. An diesen
93 Einsatz und diese Expertise knüpfen wir in den europäischen Energieregionen an. Jedoch wird
94 Kohle zunehmend unrentabel, ist zudem die klima- und gesundheitsschädlichste Form der
95 Energieerzeugung und hat deshalb keine Zukunft. Wir werden die Voraussetzungen schaffen, um
96 in der EU die Kohleverstromung beenden zu können. Die Kohleregionen unterstützen wir dabei,
97 dass ihnen der Umstieg auf die neuen Energien bis zum Jahr 2030 gelingt. Gleichzeitig hat
98 uns insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine gezeigt, wie abhängig wir
99 noch von Erdgas sind und welche Schwierigkeiten das mit sich bringt. In den kommenden Jahren
100 ist im Einklang mit unseren Klimazielen deshalb auch ein endgültiger Abschied vom fossilen
101 Erdgas nötig. Wir wollen es vollständig durch erneuerbare Energien kombiniert mit grünem
102 Wasserstoff ersetzen.

103 Atomkraft ist keine nachhaltige Form der Energieerzeugung und sie ist nicht geeignet, die
104 Klimakrise zu bekämpfen. Sie ist erheblich teurer als Erneuerbare, mit hohen Risiken
105 verbunden und gerade in Zeiten von Hitze und Dürre unzuverlässig. Der Bau neuer Kraftwerke
106 ist teuer und langwierig. Der Müll belastet noch unzählige nachfolgende Generationen. Wir
107 setzen in der EU nicht auf Atomkraft als taugliche Form der Energiegewinnung.

108 Uns begeistern zukünftige Chancen und Potenziale neuer Energietechnologien, weshalb wir
109 Forschung und Entwicklung neuer Ideen auch weiterhin vorantreiben wollen. Um in den nächsten
110 Dekaden einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Klimakrise und zur Energiesicherheit
111 leisten zu können, kommt die Kernfusion jedoch zu spät.

112 Den Weg zum klimaneutralen Kontinent beschreiten

113 Echte Fortschritte sind gemacht: Bis heute hat Europa die Emissionen gegenüber 1990 um rund
114 ein Drittel gesenkt. Mit dem „Fit for 55“-Paket will die EU bis 2030 mindestens 55 Prozent
115 ihrer Emissionen im Vergleich zu 1990 einsparen. Durch den reformierten Emissionshandel wird
116 ein schnellerer europäischer Kohleausstieg rentabel. Wir haben die Ausbauziele für
117 erneuerbare Energien verdoppelt. Und für fossile Energie, Stahl oder Chemieprodukte, die
118 nach Europa importiert werden, muss bald an der Grenze ein Preis für ihren CO₂-Fußabdruck
119 bezahlt werden. Die Autoindustrie stellt ihre Produktion auf Elektrofahrzeuge um. Gebäude in
120 der EU werden gedämmt und Anreize für klimafreundliches Heizen gesetzt. Damit hat Europa den
121 richtigen Weg eingeschlagen.

122 Die EU muss diesen Weg zum klimaneutralen Wohlstand entschieden weitergehen. Europa soll der
123 erste klimaneutrale Kontinent werden. Von diesem Ziel darf es kein Abrücken geben, und es
124 muss zuverlässig erreicht werden. Für 2035 und 2040 braucht es deswegen Zwischenziele, die
125 die EU sicher zu Klimaneutralität in Erfüllung des Pariser Klimaabkommens führen. Das
126 Zwischenziel für 2035 wollen wir, wie es alle Staaten im Rahmen des Pariser Klimaabkommens
127 international zugesagt haben, auch bei den Vereinten Nationen (UN) verbindlich hinterlegen.
128 Für die Umsetzung müssen unter anderem der Rahmen für Klimaschutzmaßnahmen und die
129 europäischen Emissionshandelssysteme angepasst werden.

130 Natürliche CO₂-Senken und technologischen Fortschritt nutzen

131 Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir schnell raus aus Kohle, Öl und Gas und rein in
132 erneuerbare Energien und Wasserstoff. In einigen wenigen Branchen wird es aber auch in
133 Zukunft Emissionen geben, die schwer oder nach heutigem Stand der Technologie gar nicht zu
134 vermeiden sind, etwa in der Zementindustrie. In diesen Bereichen wollen wir technologische
135 Chancen nutzen und das CO₂ direkt bei der Produktion abscheiden, speichern und
136 gegebenenfalls nutzen (Carbon Capture Use and Storage, CCUS). Wo nötig, soll dies aktiv
137 gefördert werden. Wir wollen einen europaweit einheitlichen Regelungsrahmen dafür schaffen
138 und eine integrierte europäische Infrastruktur – inklusive gemeinsamer europäischer CO₂-
139 Speicher – entwickeln.

140 In der Zukunft wird es laut Analysen des Weltklimarats zunehmend schwieriger, auf den 1,5-
141 Grad-Pfad zu kommen. Deshalb müssen wir die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre aktiv
142 senken, damit sich wieder ein stabiles und nachhaltiges Niveau einstellt. Dafür stärken und
143 entwickeln wir negative Emissionen – also natürliche und technische Prozesse, die der
144 Atmosphäre CO₂ wieder entziehen. Intakte Ökosysteme sind unsere besten Verbündeten, denn vor
145 allem Wälder und Moorböden sind natürliche CO₂-Speicher. Deswegen benötigen wir klare Regeln
146 für die Landwirtschaft, den Humusaufbau, die Wiedervernässung von Mooren und die Aufforstung
147 von Wäldern. Gleichzeitig wollen wir die Potenziale technischer Negativemissionen wie die
148 CO₂-Entnahme aus der Luft oder Bioenergie mit CO₂-Speicherung in der Anwendung prüfen und an
149 Pilotprojekten evaluieren. Die EU braucht – wie Deutschland – klare Ziele für das Erreichen
150 von Negativemissionen, ohne diese gegen die Reduktionsziele des Emissionshandels zu handeln.

151 Grünen Wasserstoff als Energieträger der Zukunft einsetzen

152 Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, also grüner Wasserstoff, kann Energie speichern und
153 transportabel machen. Er ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer zukünftigen
154 Energieversorgung, denn er kann fossile Energieträger überall dort ersetzen, wo
155 Elektrifizierung keine Option ist. Wir wollen dafür sorgen, dass Europa bei der Anwendung
156 Vorreiterin wird. Um ihre Potenziale zu heben, entwickeln wir die Europäische
157 Wasserstoffstrategie weiter und unterstützen die Erforschung von umfassenden Ansätzen zur
158 Erzeugung und Anwendung. Beispielsweise können durch dezentrale Lösungen die
159 Netzausbaukosten minimiert und wo immer möglich die Abwärme in Wärmenetzen eingesetzt
160 werden. Mit Instrumenten wie Klimaschutzverträgen und einem umfassenden Investitionsprogramm
161 sorgen wir für einen schnellen Hochlauf der Produktion dieser Schlüsseltechnologie.

162 Wir wollen die Investitionen in den Aufbau eines neuen transeuropäischen
163 Wasserstoffkernnetzes erhöhen und die Umrüstung der bestehenden Gasinfrastruktur für den
164 Transport und die Speicherung fördern. Durch neue Pipelines wie H2Med können wir grünen
165 Wasserstoff beispielsweise aus den sonnenreichen Regionen Südeuropas in die Industriezentren
166 Deutschlands transportieren. Das ist ein Bestandteil einer leistungsfähigen
167 Infrastrukturunion.

168 Wir setzen uns zusätzlich für den Aufbau eines globalen Marktes für grünen Wasserstoff und
169 strategische Partnerschaften für dessen Handel zwischen der EU sowie wind- und sonnenreichen
170 Ländern weltweit ein. Dank einer Vielzahl potenzieller Partnerländer können wir auf diesem
171 Weg eine diversifizierte Energieversorgung sichern und einseitige Abhängigkeiten vermeiden.
172 Durch Partnerschaften und den Transfer von Know-how sorgen wir zudem dafür, dass die Länder

173 des Globalen Südens in die Wertschöpfungskette integriert werden und von der grünen
174 Energiezukunft profitieren.

175 Da die Produktionskapazitäten erst aufgebaut werden müssen, wird Wasserstoff vorerst ein
176 sehr knapper Rohstoff bleiben. Zur Senkung der CO₂-Emissionen setzen wir daher vorrangig auf
177 die Elektrifizierung von Antrieben, Produktionsprozessen und Heizungen, da sich grüner Strom
178 so am effizientesten nutzen lässt. Wasserstoff wollen wir also priorisiert dort einsetzen,
179 wo eine Elektrifizierung nicht oder nur sehr schwer möglich ist. Dazu gehören etwa die
180 Produktion von Grundstoffen wie Stahl- oder Chemieerzeugnisse, der Schwerlasttransport sowie
181 der interkontinentale See- und Luftverkehr. Zudem werden wir grünen Wasserstoff bei geringer
182 Solar- und Windenergieerzeugung sowie besonders hoher Last zur Stromerzeugung einsetzen, um
183 die Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien jederzeit sicherzustellen.

184 Klimaneutralität sozial und bürgernah erreichen

185 Klimaneutralität sichert und mehrt Wohlstand, ist aber auch mit Veränderungen verbunden.
186 Dieser Prozess verlangt den Menschen viel ab. Nicht nur deshalb muss klimaneutral immer auch
187 sozial heißen. Mit dem Klimasozialfonds, der primär aus dem Emissionshandel gespeist wird,
188 geben wir den Mitgliedstaaten die Mittel an die Hand, das umzusetzen. Dabei werden
189 Leistungen für Menschen finanziert, die besonders von steigenden Energie- und
190 Transportkosten betroffen sind. Wir wollen deshalb, dass die Mitgliedstaaten – wie etwa
191 Österreich mit dem Klimabonus – ein Klimageld pro Kopf auszahlen.

192 Erneuerbare Energien sind Bürgerenergien. Sie ermöglichen es den Menschen und Kommunen, ihre
193 Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Das ist solidarisch und demokratisch, denn
194 damit bleiben die Erträge vor Ort. Wir haben es in der Bundesregierung erheblich
195 vereinfacht, selbst erneuerbare Energien zu nutzen. Das soll europaweit gelten: Der Einsatz
196 von Bürgerenergie soll noch finanziell attraktiver und einfacher werden. Wir wollen
197 europäisch besser verankern, dass Bürger*innen an der Energiewende teilhaben können – indem
198 sie Mitglied eines Bürgerwindparks werden, den Strom ihrer Photovoltaikanlage direkt an ihre
199 Nachbar*innen verkaufen oder die in ihren Autos und Pufferbatterien gespeicherte Energie
200 einfach zur Netzstabilisierung einsetzen.

201 Erneuerbare Energien garantieren den Menschen, dass sie ihre Wohnungen auch zukünftig
202 bezahlbar heizen können. Deshalb unterstützen wir die Weiterentwicklung der europäischen
203 Anforderungen an die Effizienz von Gebäuden und Heizungen, um Gebäude schnell und günstig
204 von der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu befreien. Wir setzen dabei vor allem auf
205 Beratung und finanzielle Anreize. Wir möchten, dass alle Mitgliedstaaten kommunale
206 Wärmepläne entwickeln, die aufzeigen, welche Potenziale es für Erneuerbare gibt und wie
207 Abwärme oder Kraft-Wärme-Kopplung genutzt werden kann.

208 Mit einem effizienten Strommarkt, geringen Infrastrukturkosten und intelligent aufeinander
209 abgestimmten Mechaniken von Stromverbrauch und -erzeugung bleibt der Vorteil der günstigen
210 Stromerzeugung bei den Verbraucher*innen. Durch die Umstellung der Förderung von
211 erneuerbaren Energien auf Differenzverträge sichern wir die Stromverbraucher*innen gegen
212 hohe Kosten ab.

213 2. Ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort

214 In Innovation und Resilienz investieren

215 Um die Infrastrukturunion zu verwirklichen, entscheiden wir uns für eine strategische
216 europäische Investitionspolitik. Das Wiederaufbauprogramm Next-Generation-EU (NGEU) hat uns
217 in der Pandemie vor einer schweren Krise bewahrt und stark dazu beigetragen, dass Europa
218 wirtschaftlich und politisch zusammengehalten hat. Mit dem Ende von NGEU im Jahr 2026 droht
219 diese wichtige Säule der Finanzierung europäischer Investitionen wegzubrechen. NGEU kann uns
220 als Vorbild für eine effektive gemeinsame europäische Finanzierung von großen
221 Investitionsvorhaben – wie dem Aufbau der Infrastrukturunion – dienen.

222 Wir wollen daher ab 2026 ein großes Investitionsprogramm für Innovation und Resilienz mit
223 drei klaren Zielen schaffen: Erstens wollen wir, dass Europa im Rahmen der
224 Infrastrukturunion durch starke gemeinsame Infrastrukturen weiter zusammenwächst – mit einem
225 voll ausgebauten und integrierten europäischen Schienen-, Strom- und Wasserstoffnetz.
226 Zweitens wollen wir überall in Europa den klimaneutralen Umbau der Industrie genauso wie den
227 Aufbau der Industrien von morgen fördern. Und drittens wollen wir unsere Wirtschaft und
228 unsere Gesellschaften widerstandsfähiger gegen und unabhängiger von Autokratien machen.

229 Industriepolitik aktiv gestalten

230 Europa ist ein starker Wirtschaftsstandort mit einer vielfältigen Landschaft aus kleinen,
231 mittleren und großen Unternehmen, die eine wesentliche Grundlage für unseren Wohlstand ist.
232 Wir werden dafür sorgen, dass das so bleibt. Dafür sind zwei Hebel für uns zentral:

233 Zum einen stärken wir den Binnenmarkt, also den gemeinsamen Regulierungsrahmen der EU für
234 Unternehmen. Dieser gemeinsame Rahmen, in dem kein Mitgliedstaat seinen eigenen Firmen
235 unfaire Vorteile verschaffen darf und dessen Regeln in vielen Bereichen den Goldstandard auf
236 der Welt setzen, leistet gerade für Deutschland als Exportland einen unschätzbaren Beitrag
237 zu unserem Wohlstand. Ihn werden wir weiter vertiefen und seine Grundlagen verteidigen.

238 Zum anderen müssen wir feststellen: Insbesondere China, aber auch die USA mit ihrem
239 Inflation Reduction Act investieren massiv in den Aufbau neuer Produktionsstandorte für
240 Zukunftstechnologien. Wir nehmen diesen Wettbewerb an: Für die EU gilt es, dem eine eigene
241 aktive Wirtschafts- und Industriepolitik entgegenzusetzen, die Europas Stärken stärkt. Sie
242 setzt bei der Forschung an und reicht bis zur Unterstützung bei Investitionen. Dazu gehört
243 einerseits eine Angebotspolitik, die Bürokratie abbaut und Anreize für private Investitionen
244 setzt, andererseits starke öffentliche Förderprogramme etwa für Zukunftstechnologien wie
245 Elektrolyseure, Windräder, E-Autos und Mikrochips. Denn wir wollen, dass Europa an der
246 Spitze der Märkte der Zukunft steht und dass die Produkte der Zukunft in Europa erdacht und
247 hergestellt werden. So sichern wir Jobs und Wohlstand in Europa. Gerade der Aufbau einer
248 europäischen Halbleiterindustrie ist elementar für die Erneuerung des Industriestandortes
249 Europa und dient unserer wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit.

250 Hier werden wir einen Neuanfang anschieben: In der EU hat sich ein Förderdschungel
251 entwickelt, der es Unternehmen sehr schwer macht, schnell und unbürokratisch an die
252 bereitstehenden Mittel zu kommen. Das ist ein entscheidender Wettbewerbsnachteil – etwa im
253 Vergleich zu den USA. Wir treten für eine kohärente und leicht verständliche
254 Industriepolitik ein, bei der auch Förderpolitik und Beihilferecht Hand in Hand gehen. Dafür
255 wollen wir relevante Teile der bisher nationalen Industriepolitiken auf die europäische

256 Ebene verlagern, die dafür finanziell sehr viel besser ausgestattet und in die Lage versetzt
257 wird, schnell und wirksam zu handeln.

258 Unsere Wirtschaft für den globalen Wettbewerb rüsten

259 Die europäische Industrie kann nur langfristig wettbewerbsfähig sein und Europa gleichzeitig
260 seine Klimaziele einhalten, wenn industrielle Produktionsprozesse komplett klimaneutral
261 werden. Dafür werden wir die industrielle Basis erneuern.

262 Immer mehr Unternehmen investieren massiv in eine Umstellung ihrer Produktion. Dafür muss
263 die Politik den Rahmen schaffen: einen klaren Reduktionspfad im europäischen
264 Emissionshandel. Wir füllen ihn durch einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und
265 der Infrastruktur für Strom und grünen Wasserstoff mit Leben, damit genug grüne Energie zu
266 wettbewerbsfähigen Preisen überall in Europa zur Verfügung steht.

267 Das wird allerdings nicht reichen: Wir wollen die Unternehmen mit einem europäischen
268 Programm zur Dekarbonisierung der Industrie unterstützen. Dazu wollen wir einen europaweiten
269 Einsatz von Klimaschutzverträgen (Carbon Contracts for Difference) aus dem EU-Haushalt
270 finanzieren und somit in einem Auktionsverfahren diejenigen Unternehmen finanziell fördern,
271 die möglichst kosteneffizient ihre Produktion klimaneutral umrüsten und dabei am meisten CO₂
272 einsparen. Hier gilt das Effizienzprinzip: größere Fußabdrücke, die einfacher und günstiger
273 eingespart werden können, zuerst. Zusätzlich wollen wir europäische grüne Leitmärkte für
274 einige besonders energieintensive Produkte aus klimaneutraler Produktion wie etwa grünen
275 Stahl schaffen. Dafür wollen wir beispielsweise bei öffentlichen Aufträgen eine Mindestquote
276 von grünem Stahl vorschreiben, die stetig ansteigt. Somit wird ein neuer Absatzmarkt
277 geschaffen, der klimaneutrale Produktion über einen Marktmechanismus in Gang setzt.
278 Schließlich wollen wir auch für die Umstellung von Produktionsprozessen auf klimaneutrale
279 Verfahren die Planungs- und Genehmigungsverfahren erheblich beschleunigen, weil dies zu
280 schnellerer Emissionsminderung bei gleichzeitigem Erhalt von industrieller Substanz und
281 guten Arbeitsplätzen beiträgt.

282 Mit der zeitlich gestaffelten Einführung von Resilienz- und Nachhaltigkeitskriterien bei
283 öffentlichen Ausschreibungen und öffentlichen Förderprogrammen wollen wir gezielt die
284 Produktion dieser Produkte in Europa begünstigen.

285 Den Binnenmarkt stärken

286 Der EU-Binnenmarkt ist zentral für den Wohlstand der Bevölkerung der EU und hilft,
287 Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken. Er ist auch ein zentraler Hebel, die klimaneutrale
288 Modernisierung unserer Wirtschaft voranzubringen. Er ermöglicht es den europäischen
289 Unternehmen, Waren und Dienstleistungen überall in der EU anzubieten. Und Arbeitnehmer*innen
290 ermöglicht er, überall in der EU zu arbeiten. Deshalb wollen wir den Binnenmarkt stärken und
291 vertiefen: Wo es in Europa eine gemeinsame Regel gibt, müssen Unternehmen nicht mehr 27
292 verschiedene befolgen.

293 Wir gestalten die Regeln für den Binnenmarkt so, dass er dabei hilft, übergeordnete Ziele zu
294 erreichen: Demokratie, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, Umwelt- und Klimaschutz sowie die
295 Schaffung von fair bezahlten Arbeitsplätzen. Wir wollen den Binnenmarkt auch nutzen, um
296 widerstandsfähiger gegenüber Krisen und unabhängiger von Rohstoffimporten zu werden.

297 Um funktionierenden Wettbewerb zum Nutzen von Verbraucher*innen und kleinen Unternehmen
298 durchzusetzen, haben wir in Deutschland das Wettbewerbsrecht verschärft. Ein solches Update

299 braucht auch das EU-Wettbewerbsrecht. Dafür wollen wir das New Competition Tool
300 wiederbeleben, das die Kommission schon einmal vorgeschlagen hatte.

301 Eine starke Wettbewerbspolitik, die die Bildung von zu starker Marktmacht bekämpft und
302 Subventionswettläufe innerhalb der EU möglichst unterbindet, macht den Erfolg des
303 Binnenmarktes aus. Daran wollen wir auch in Zukunft festhalten. Allerdings steht Europa
304 heute im Ringen um die Märkte der Zukunft im globalen Wettbewerb mit anderen Staaten, die
305 sich nicht an diese Regeln halten. Gerade für die grünen Zukunftstechnologien muss die EU-
306 Kommission deshalb einen dauerhaften neuen Beihilferahmen schaffen, der den Mitgliedstaaten
307 eine aktivere, europäisch koordinierte Industriepolitik ermöglicht und dabei zugleich
308 Wettbewerbsverzerrungen verhindert. Dazu gehören schnellere Planungssicherheit bei
309 Beihilfeverfahren, Ausnahmen für die Unterstützung von neuen Produktionsanlagen in den
310 Zukunftstechnologien und bei der Umstellung von Produktionsprozessen auf Klimaneutralität.

311 Ein Ansatz dafür sind die strategischen Förderprojekte IPCEI, mit denen die EU die
312 Industriepolitik der Mitgliedstaaten in Schlüsselsektoren wie dem Aufbau der europäischen
313 Wasserstoffinfrastruktur und die Wertschöpfungsketten rund um Mikroelektronik ermöglicht und
314 koordinieren will. Für mehr Planungssicherheit für Unternehmen müssen die Beihilfeverfahren
315 gerade im Kontext der IPCEIs beschleunigt werden.

316 Fachkräfte ausbilden, gewinnen und halten

317 Wir wollen, dass der Wohlstand denjenigen zukommt, die ihn erarbeiten. Wir wollen mehr
318 Gerechtigkeit für die Mitte der Gesellschaft. Dazu sind gute Arbeitsbedingungen, sichere
319 Jobs und anständige Löhne das beste Mittel. So wachsen wir aus der Mitte heraus. Fachkräfte
320 sind das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Das gilt gleichermaßen für akademisch
321 ausgebildete Fachkräfte wie für solche mit handwerklicher oder industrienaher Ausbildung.
322 Davon hängt auch das Gelingen der Energiewende ab. Das heißt auch: Mit Investitionen in
323 Klimaschutz fördern wir gleichzeitig sichere und zukunftsfeste Arbeitsplätze.

324 Dafür müssen wir junge Menschen entsprechend ausbilden, Weiterbildungsangebote für alle
325 bereithalten – besonders auch für ältere Arbeitnehmer*innen – und Fachkräfte von außerhalb
326 gewinnen. Gleichzeitig müssen wir Frauen die Möglichkeit geben, sich voll einzubringen. In
327 vielen EU-Ländern arbeiten Millionen Frauen oft unfreiwillig in Teilzeit oder gar nicht. Wir
328 brauchen auf EU-Ebene eine feministische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die soziale
329 Infrastruktur für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mitdenkt.

330 Wir wollen es Frauen leichter machen, einen technischen – und damit häufig auch gut
331 bezahlten – Beruf zu wählen. Wir wollen einen Bonus einführen, den Unternehmen und Betriebe,
332 in denen bislang unterdurchschnittlich wenig Frauen beschäftigt sind, bei der EU-
333 Fördermittelvergabe erhalten können, wenn sie mehr Frauen ausbilden bzw. beschäftigen.
334 Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Betrieben werden wir neue Ideen entwickeln, wie wir
335 eine gleichberechtigte Teilhabe der Geschlechter in der Wirtschaft ermöglichen können.

336 Europa konkurriert mit weiteren Weltregionen, wenn es um die Anwerbung von Fachkräften geht,
337 vom Bauingenieur über die Handwerkerin bis zur Fachkraft im Krankenhaus. Wir setzen uns
338 daher für eine umfassende EU-Fachkräftestrategie ein. Bei der Anwerbung aus Drittstaaten
339 sollte die EU-Blue-Card-Initiative ausgeweitet werden und vielen weiteren Berufsgruppen
340 zugutekommen.

341 Viele Beschäftigte, die in der fossilen Industrie arbeiten, sorgen sich um ihr Auskommen,
342 wenn ihre Industriezweige elektrifiziert werden. Den Wandel zu einer klimaneutralen
343 Wirtschaft wollen wir deshalb mit gut bezahlten Arbeitsplätzen, attraktiven Aus- und

344 Weiterbildungsmöglichkeiten, Tarifbindung sowie wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit
345 zusammenbringen, gerade in noch strukturschwachen Regionen. Unsere Industriepolitik bietet
346 dafür einen Hebel: Die Vergabe von EU-Geldern wollen wir stärker daran koppeln, dass
347 Ausbildungsplätze eingerichtet, Sozialstandards eingehalten und geltende Tarife befolgt
348 werden.

349 **3. Stabile Finanzen**

350 Europa finanziell wappnen

351 Eine zentrale Stellschraube für die Handlungsfähigkeit der EU ist ihre finanzielle
352 Ausstattung: Was wir uns in Europa gemeinsam vornehmen, müssen wir auch zu einem relevanten
353 Teil mit europäischen Mitteln finanzieren können. Diesen Anspruch wollen wir endlich
354 erfüllen, denn in den nächsten fünf Jahren sind weitreichende Entscheidungen zur
355 Finanzierung unserer gemeinsamen europäischen Vorhaben bis weit in die 2030er-Jahre zu
356 treffen.

357 Dabei werden uns zwei Prinzipien leiten: Erstens wollen wir die finanzielle Ausstattung der
358 EU insgesamt durch neue Eigenmittel und höhere nationale Beiträge verbessern. Im Krisenfall
359 haben sich zudem auch gemeinsame europäische Anleihen bewährt. Zweitens muss die EU deutlich
360 mehr Handlungsspielraum im Einsatz ihrer Mittel bekommen, um sie für gemeinsame
361 Investitionen in strategisch wichtigen Bereichen wie der Industriepolitik und für eine
362 Infrastrukturunion einzusetzen. In diesem Sinne werden wir sowohl für einen starken
363 Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), die Grundlage für den Haushalt der EU, als auch für ein
364 neues großes Investitionsprogramm streiten.

365 Wir wollen, dass der MFR für die Jahre 2028 bis 2035 gegenüber dem jetzigen deutlich
366 aufwächst. Dafür muss auch Deutschland seinen Beitrag leisten. Es gilt, gezielt die
367 Ausgabenposten zu stärken, die Europas Handlungsfähigkeit in den entscheidenden Feldern der
368 Zukunft verbessern. Dafür müssen wir auch die Ausgaben im MFR kritisch auf ihre Wirkung hin
369 überprüfen. Das betrifft insbesondere die Bereiche, in denen die Mitgliedstaaten die
370 Ausgaben verwalten.

371 Der Schutz unseres Gemeinwohls setzt eine auch finanziell handlungsfähige EU voraus. Gerade
372 in Zeiten massiv wachsender Aufgaben kann sie sich auf Dauer nicht nur aus den Beiträgen der
373 Mitgliedstaaten finanzieren. Sie braucht auch eigene Einnahmen, die ihre finanzielle
374 Ausstattung langfristig sichern. Dafür wollen wir das Prinzip festschreiben, dass Einnahmen,
375 die infolge europäischer Instrumente entstehen, im Grundsatz mehrheitlich dem EU-Haushalt
376 zugutekommen.

377 In einem ersten Umsetzungsschritt wollen wir festlegen, dass 75 Prozent der möglichen
378 Geldschöpfungsgewinne des Eurosystems in Zukunft dem EU-Haushalt zugutekommen. Auch die
379 Einnahmen aus dem neuen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) sollen zu 75 Prozent dem EU-
380 Haushalt zufließen.

381 Damit die anstehenden Zins- und Tilgungszahlungen für das NGEU-Programm nicht zu einer
382 Kürzung des EU-Haushalts führen, wollen wir so schnell wie möglich den bereits 2020 von Rat
383 und Parlament beschlossenen Fahrplan zu neuen Eigenmitteln in die Tat umsetzen. Dabei muss
384 die Finanzierung der notwendigen nationalen Klimafinanzierung in den Mitgliedstaaten
385 sichergestellt werden.

386 Wirtschafts- und Währungsunion vervollständigen

387 Eine stabile und solidarische Wirtschafts- und Währungsunion ist eine Grundvoraussetzung für
388 Wohlstand und politischen wie sozialen Zusammenhalt in Europa. Doch die Architektur der
389 Währungsunion ist weiterhin unvollständig und Europa damit weiter anfällig für Krisen. Das
390 wollen wir durch ein umfassendes Maßnahmenpaket ändern.

391 Mit dem neuen Investitionsprogramm für Innovation und Resilienz verstetigen wir die
392 gemeinsame Fiskalpolitik – auch als wichtigen Puffer für Krisenzeiten. Mit der Überführung
393 des Europäischen Stabilitätsmechanismus in den EU-Rechtsrahmen und der Umstellung auf
394 Mehrheitsentscheidungen schaffen wir nationale Vetos in Krisen ab und etablieren endlich
395 eine gemeinsame europäische parlamentarische Kontrolle über zukünftige EU-Hilfsprogramme.

396 Mit der Einführung einer Arbeitslosenrückversicherung nach Vorbild des EU-Kurzarbeitergeldes
397 SURE schaffen wir ein zusätzliches Auffangnetz in Krisenzeiten, damit die Mitgliedstaaten
398 Jobs sicher schützen können. Und wir wollen die Banken- und Kapitalmarktunion vollenden,
399 damit auch der Finanzsektor in Krisen stabilisierend wirkt.

400 Eine widerstandsfähige Währungsunion braucht auch funktionierende Regeln für die
401 Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten, die die Schuldentragfähigkeit in allen Ländern
402 jederzeit sicherstellen und gleichzeitig genug Raum für Investitionen und Wachstum schaffen.
403 Die seit einem Jahrzehnt geltenden Regeln und auch der Vorschlag der Europäischen Kommission
404 werden diesem Anspruch nicht gerecht. Deshalb braucht es eine ambitionierte Reform, deren
405 Ergebnis von der Kommission konsequent durchgesetzt wird.

406 Wir unterstützen die Einführung des digitalen Euros als Ergänzung zum Bargeld und zum
407 Buchgeld der Geschäftsbanken. Der digitale Euro befördert die Digitalisierung der Wirtschaft
408 und ermöglicht Verbraucher*innen digitalen Zugriff auf sicheres und wertstabiles
409 Zentralbankgeld. Als öffentliches Gut kann er einen wertvollen Beitrag zur finanziellen
410 Inklusion, zur Souveränität der EU und zur Stabilität unseres Zahlungssystems im digitalen
411 Zeitalter leisten.

412 Bankenunion vollenden

413 Um die klimaneutrale Erneuerung unserer Wirtschaft zu unterstützen, muss das Finanzsystem
414 resilienter werden und konsequent an den europäischen Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet
415 sein. Jede Finanzierungsentscheidung ist eine Entscheidung über die Wirtschaft der Zukunft
416 und muss deshalb auch mit unseren Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen kompatibel
417 sein.

418 Der Bankensektor ist in der EU zentral für die Finanzierung der Investitionen von
419 Unternehmen und Bürger*innen in die Modernisierung unserer Wirtschaft. Eine weitere
420 Bankenkrise können wir uns schon allein deshalb nicht leisten. Mit einer hohen
421 Eigenkapitalquote, regelmäßigen Stresstests und der Vollendung der Bankenunion stellen wir
422 die Banken stabil auf. Mit einer europäischen Einlagenrückversicherung, die den Erhalt der
423 Institutssicherungssysteme von Sparkassen und Genossenschaftsbanken erlaubt, einem
424 funktionierenden Abwicklungsregime sowie einer Trennung des Kreditgeschäfts mit
425 Privatkund*innen vom Investmentbanking bei Großbanken können wir verhindern, dass
426 Kreditinstitute im Fall einer Insolvenz mit Steuergeld gerettet werden müssen. Indem wir
427 Banken verpflichten, die von ihnen finanzierten Emissionen schrittweise zu reduzieren,
428 sorgen wir dafür, dass ihr Geschäft in Einklang mit dem Ziel der Klimaneutralität steht.

429 Neben den Banken müssen auch alle anderen Akteure des Finanzsektors wie Ratingagenturen,
430 Versicherer und Pensionsfonds Klimarisiken offenlegen und berücksichtigen. Wir setzen uns
431 dabei für mehr Kohärenz bei der europäischen Gesetzgebung ein, um unnötige Bürokratie –
432 insbesondere bei kleineren Unternehmen – zu verhindern.

433 Die grüne Taxonomie der EU ist ein Mittel, um die Finanzierung umweltverträglicher
434 Wirtschaftsaktivitäten zu unterstützen. Deshalb bleibt es falsch, Atomenergie und Erdgas als
435 nachhaltig einzustufen. Nachhaltigkeit ist aber komplexer als ein binäres Ja oder Nein, denn
436 dafür brauchen wir auch starke und innovative Zulieferer, zum Beispiel für E-Autos oder
437 Windräder, die bisher in der Taxonomie nicht erfasst sind. Das wollen wir zukünftig besser
438 abbilden. Wir wollen bei der grünen Taxonomie weitere Abstufungen ergänzen, damit
439 Investitionen in den Übergang in eine nachhaltige Wirtschaft ausreichend finanziert werden.
440 Es sollen zukünftig auch soziale Aspekte berücksichtigt werden.

441 Grüne Geldanlagen sind im Mainstream angekommen, denn viele Menschen wollen sich an
442 Zukunftsbranchen beteiligen und dabei auch das Klima schützen. Die Finanzaufsicht hat mit
443 dem schnellen Wachstum nachhaltiger Finanzprodukte jedoch nicht Schritt gehalten. Um das
444 Vertrauen der Anleger*innen zu festigen, wollen wir deshalb die europäischen
445 Finanzaufsichtsbehörden mit weitreichenden Kompetenzen gegen Greenwashing ausstatten und ein
446 staatliches Labelsystem für nachhaltige Geldanlagen einführen. Verbraucher*innen sollen
447 Klarheit haben, welchen Beitrag ein Finanzprodukt zur klimaneutralen Modernisierung unserer
448 Wirtschaft leistet.

449 Wir wollen die Kapitalmarktunion zu einem Erfolg machen. Hierfür müssen wir das Vertrauen
450 der Sparer*innen zurückgewinnen. Denn Interessenkonflikte durch Provisionen haben dafür
451 gesorgt, dass Sparer*innen viel zu oft teure, riskante oder unpassende Finanzprodukte
452 verkauft wurden. Wir wollen, dass Provisionen in der Finanzberatung mittelfristig keine
453 Rolle mehr spielen und jedem den Zugang zu unabhängiger provisionsfreier Beratung
454 ermöglichen. Nur so können wir die Potenziale der Kapitalmarktunion für alle zugänglich
455 machen.

456 4. Steuergerechtigkeit

457 Steuerhinterziehung bekämpfen

458 Die Finanzierung unseres demokratischen Gemeinwesens hängt davon ab, dass alle ihren fairen
459 Beitrag leisten – für Schulen und Kinderbetreuung, für Krankenhäuser, für eine gute Bus- und
460 Bahninfrastruktur. Mutige Whistleblower*innen und unabhängige Medien haben in den letzten
461 Jahren eine ganze Reihe internationaler Steuerskandale aufgedeckt. Sie haben belegt, wie
462 Superreiche und viele Großunternehmen Steuertricks nutzen, um Gewinne in Niedrigsteuerländer
463 zu verschieben: über Steuerschlupflöcher, Briefkastenfirmen und Steueroasen bis hin zu
464 Steuerbetrug. Diese Praktiken wälzen die Steuerlast auf die Bürger*innen und besonders
465 kleine und mittlere Unternehmen ab, die rechtmäßig ihre Steuern zahlen. Schätzungen zufolge
466 verursacht Steuermissbrauch EU-weit Verluste von jährlich mehr als 170 Milliarden Euro.
467 Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sind häufig grenzüberschreitende Probleme. Die EU kann
468 hier einen wirkungsvollen Beitrag zur Bekämpfung leisten.

469 Auch im Kampf gegen Steuervermeidung, die beispielsweise durch Verlagerung von Gewinnen in
470 Steueroasen geschieht, wollen wir weiter voranschreiten. Es braucht strengere Kriterien, um
471 sicherzustellen, dass die EU-Liste der Steueroasen wirklich vollständig wird. So fehlen
472 aktuell namhafte Steueroasen wie beispielsweise Singapur. Länder mit einem Steuersatz von
473 null Prozent müssen automatisch auf der EU-Liste der Steueroasen landen, wie beispielsweise

474 Bermuda oder die Cayman Islands. Entscheidungen darüber, welches Land auf die Liste gesetzt
475 wird, müssen transparent, nach einheitlichen Kriterien und unparteiisch getroffen werden.

476 Ebenso wollen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Steuerbehörden wesentlich
477 verbessern, um den EU-weiten Austausch steuerrelevanter Informationen zu stärken. Wir
478 begrüßen, dass dabei nun ebenfalls Kryptoassets voll erfasst werden sollen.

479 Wir werden den Missbrauch von Briefkastenfirmen angehen, also Firmen, die nur existieren, um
480 Steuern zu hinterziehen oder zu verlagern. Wir fordern die Mitgliedstaaten auf, den
481 entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission schnell und ohne ihn abzuschwächen anzunehmen –
482 die EU wäre mit dieser Gesetzgebung weltweit Vorreiterin.

483 Quellensteuern senken das Risiko von Steuerhinterziehung und -umgehung, wie es sich beim
484 Cum-Ex- und Cum-Cum-Skandal gezeigt hat, sowie die Gewinnverlagerung in Niedrigsteuerländer.
485 Wir unterstützen daher die Pläne der EU-Kommission zur Einführung eines EU-weiten Systems
486 für die Quellensteuer auf Dividenden und Zinszahlungen und setzen uns für einen weiteren
487 Schritt ein – einen EU-weiten Quellensteuer-Mindestsatz. International müssen wir das
488 Problem von Quellensteuern auf Auslandszahlungen in Drittländern außerhalb der EU angehen.

489 Steuerdumping beenden

490 Der Flickenteppich nationaler Steuervorschriften und der Steuerwettbewerb zwischen den EU-
491 Mitgliedstaaten bei den Körperschaftsteuersätzen erschweren faire Wettbewerbsbedingungen im
492 Binnenmarkt. Um dem entgegenzuwirken, muss die Steuergesetzgebung Schritt halten mit neuen
493 Geschäftsmodellen, die internationaler, komplexer und digitaler geworden sind. So
494 profitieren die großen Digitalunternehmen mit ihren immateriellen Gütern (wie Daten, Wissen
495 oder Algorithmen) davon, dass Unternehmensgewinne am Ort einer physischen Niederlassung oder
496 Fabrik besteuert werden und nicht beispielsweise dort, wo die Nutzer*innen digitaler Dienste
497 verortet sind. Wir wollen verhindern, dass der Bäckerladen um die Ecke einen deutlich
498 höheren Steuersatz zahlt als ein internationaler Großkonzern. Alle Unternehmen müssen ihren
499 gerechten Anteil zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen.

500 Auf dem Weg zu einer fairen und effektiven Unternehmensbesteuerung in Europa ist ein großer
501 Schritt genommen worden: Die EU hat sich – infolge eines Durchbruchs auf Ebene der
502 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – endlich auf eine
503 Mindestbesteuerung großer multinationaler Unternehmen von 15 Prozent geeinigt. Damit können
504 sie sich einem Mindeststandard an Besteuerung nicht mehr entziehen. Die Umsetzung in den
505 Mitgliedstaaten und der Vorschlag der EU-Kommission für einen neuen EU-Rahmen zur
506 Unternehmensbesteuerung (BEFIT) müssen nun folgen. Die Einigung auf die Mindestbesteuerung
507 ist ein zentraler Schritt bei der Reform des internationalen Steuersystems. Er reicht aber
508 noch nicht aus, damit die großen Digitalunternehmen, der E-Commerce oder multinationale
509 Unternehmen in Europa fairer besteuert werden. Sollten bei den auf OECD-Ebene aktuell
510 stockenden Verhandlungen in diesem Bereich keine Fortschritte absehbar sein, sollte die EU-
511 Kommission vorschlagen, wie dieses Ziel europäisch weiterverfolgt werden kann.

512 Steuertransparenz ist ein wirkungsvolles Instrument, da es Steuerdumping für alle sichtbar
513 macht. Die Einigung auf die öffentliche länderbezogene Steuerberichterstattung von
514 Großunternehmen im Jahr 2021 war in diesem Sinne ein Meilenstein. Wenn große Unternehmen
515 offenlegen, wie viel Steuern sie in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten zahlen, führt das zu
516 einer besseren Kontrolle ihrer Steuerpraktiken. Aber es werden noch nicht alle Länder
517 erfasst. Wir werden darauf hinarbeiten, die im Gesetz verankerte Klausel zur Überprüfung der
518 Richtlinie zu nutzen, um die Richtlinie zu verbessern und eine weltweite Aufschlüsselung
519 relevanter Steuerdaten zu erreichen. Um einen zerstörerischen Steuerwettbewerb zwischen den

520 EU-Mitgliedstaaten zu verhindern, braucht es darüber hinaus ein klares Rahmenwerk der EU für
521 Steuerbegünstigungen, die einzelne Mitgliedstaaten Unternehmen gewähren können.

522 Gemeinwesen solidarisch finanzieren

523 Steuergerechtigkeit heißt, dass hohe Vermögen und Milliardengewinne von Unternehmen einen
524 fairen Beitrag leisten müssen, um das Gemeinwesen solidarisch zu finanzieren, Klimaschutz
525 und Nachhaltigkeit zu fördern und soziale Ungleichheit abzubauen. In der ganzen EU hat die
526 starke Ungleichverteilung und Konzentration insbesondere von Vermögen weiter zugenommen.

527 Um diese Probleme adressieren zu können, muss die EU auch in der Steuerpolitik
528 handlungsfähig sein. Vorstöße gegen Steuerdumping und Steuerflucht werden immer wieder durch
529 Vetos einzelner EU-Mitgliedstaaten verhindert. Wir wollen die bestehenden Möglichkeiten der
530 Verträge ausschöpfen, qualifizierte Mehrheitsentscheidungen zu treffen. Perspektivisch
531 eröffnet die Überwindung des Einstimmigkeitsprinzips größeren gemeinsamen
532 Handlungsspielraum.

533 Infolge des russischen Kriegs in der Ukraine erzielten Öl- und Gaskonzerne durch hohe
534 Energiepreise extrem hohe Zufallsgewinne. Diesen unverhältnismäßigen Gewinnen einiger
535 Krisengewinner stehen Höchststände bei der Armut gegenüber, die durch sprunghaft gestiegene
536 Lebenshaltungskosten noch verstärkt wurden. Dass sich die EU in dieser Situation auf eine
537 Übergewinnsteuer geeinigt hat, durch die die großen Energiekonzerne einen Krisenbeitrag an
538 die Gesellschaften zurückgeben, ist ein großer Erfolg. Ein Teil der gegenwärtigen Inflation
539 wurde durch überzogene Profite verursacht und ist nicht durch gestiegene Produktionskosten
540 gerechtfertigt. Wir fordern, das Instrument der Übergewinnsteuer auch für andere Bereiche
541 fest zu verankern, um in ökonomischen Sondersituationen die öffentlichen Haushalte zu
542 entlasten. Schlupflöcher wie das Kleinrechnen von Gewinnen über mehrere Geschäftsjahre oder
543 die Gewinnverlagerung ins Ausland müssen geschlossen werden. Unternehmen, die in erneuerbare
544 Energien reinvestieren, sollten eine Gutschrift erhalten.

545 5. Innovationskraft und Bürokratieabbau

546 Europäische Forschung an der Weltspitze verankern

547 Für die großen technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen
548 unserer Zeit brauchen wir das gebündelte Wissen unseres gesamten Kontinents und darüber
549 hinaus. Deswegen ist eine europäische Wissenschafts- und Forschungspolitik, die Menschen und
550 Institutionen aus ganz Europa verbindet und sie bei der Entfaltung einer freien Forschung
551 unterstützt, ein Schlüsselement für eine Zukunft in Freiheit und Wohlstand. Wir wollen,
552 dass die nächsten großen Durchbrüche für eine komfortable und klimafreundliche Mobilität,
553 für Hochleistungsrechner oder ein Medikament gegen Krebs oder Alzheimer in Europa erdacht
554 und produziert werden.

555 Im Zentrum steht dabei das Programm Horizont Europa, das die Forschungsaktivitäten der EU
556 bündelt. Es ist ein höchst erfolgreiches und bei Antragsteller*innen sehr beliebtes
557 Förderprogramm, das weltweit seinesgleichen sucht. Wir wollen seinen Umfang im nächsten
558 europäischen Finanzrahmen ausbauen.

559 Europäische Forschungspolitik muss die freie Grundlagenforschung ebenso wie die missions-
560 und anwendungsorientierte Forschung beinhalten. Zentral dafür ist die Klimaforschung, für
561 die wir im laufenden Zyklus von Horizont Europa eine feste Quote von 35 Prozent für die

562 europäische Klimaforschung verankern konnten. Wir treten für eine gut ausgestattete
563 Grundlagenforschung ein – etwa im European Research Council, der Exzellenzforschung par
564 excellence. Die für Forschende so wichtige Marie-Skłodowska-Curie-Mobilitätsförderung wollen
565 wir verstetigen. Wir machen uns auch weiterhin dafür stark, dass Sozial- und
566 Geisteswissenschaften (SSH) einen festen Platz in der EU-Förderkulisse bekommen, denn sie
567 sind von hoher Bedeutung für lebendige und resiliente Kultur, Gesellschaft und Demokratie.
568 Open Science, also das Prinzip, dass Forschungsergebnisse frei zugänglich sein sollen,
569 wollen wir als Prinzip von Horizont Europa weiterhin stärken.

570 Horizont Europa ist bereits mit vielen Partnerländern weltweit verbunden, was den
571 Wissensaustausch fördert. Wir haben aber für unsere Forschenden den Anspruch: Horizont
572 Europa muss noch internationaler werden und weitere Partnerländer einbinden.

573 Aus Ideen Wohlstand machen

574 Für die wirtschaftliche Zukunft Europas sind Innovationen von entscheidender Bedeutung. Wir
575 wollen sie auf ihrem Weg vom Labor in die Praxis unterstützen. Innovationen sind als
576 Wachstumskeime ein entscheidender Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg von morgen.

577 Aufbauend auf der Grundlagenforschung gestalten wir eine missionsorientierte Forschung, die
578 uns dabei hilft, die großen Herausforderungen unserer Zeit anzugehen: Wir brauchen
579 beispielsweise einen schnelleren Roll-out der erneuerbaren Energien, effektive Behandlungen
580 für Krebs, smarte digitale Lösungen für Klima, Energie und Mobilität und nicht zuletzt
581 soziale Innovationen, um kluge Konzepte umzusetzen. Die Missionen von Horizont Europa sollen
582 sich weiterhin insbesondere am Green Deal orientieren. Um sie umzusetzen, wollen wir
583 Hochschulen, Institute, Zivilgesellschaft, Start-ups und die Industrie zusammenbringen.

584 Innovationspolitik ist ein entscheidender Teil unserer aktiven Wirtschafts- und
585 Industriepolitik. Wir wollen die Programmbestandteile von Horizont Europa so ausbauen, dass
586 sie schnell und dynamisch die besten Ideen auf dem Weg zu ihrer Umsetzung unterstützen.

587 Dafür soll die EU auch verstärkt regionale Innovationsökosysteme unterstützen und dabei
588 neben den Universitäten die Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. Fachhochschulen
589 in den Blick nehmen. Bisher profitieren diese von der EU-Förderung häufig nicht im selben
590 Maße wie Universitäten, sind aber besonders in der anwendungsnahen Forschung sehr stark.
591 Solche Cluster von Forschung, Lehre und Anwendung sind zentral, um Innovationen zu fördern,
592 sichtbar zu machen und vor Ort klimaneutralen Wohlstand zu schaffen.

593 Die bestehenden Instrumente wollen wir handhabbarer und schneller machen. Dies gilt
594 beispielsweise für die Wissensgemeinschaften (KIC), die sich besonders der
595 Nachwuchsausbildung widmen, zum Beispiel in Master- oder Weiterbildungsprogrammen. So können
596 wir dafür sorgen, dass wir möglichst vielen eine Chance geben, sich in die Zukunftsbranchen
597 einzubringen.

598 Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen sind auch in diesem relevanten
599 Bereich von großer Bedeutung: Die Kommission hat eine Vielzahl von öffentlich-privaten
600 Partnerschaften geschaffen, die EU-Gelder gemeinsam mit der Industrie verwalten. Wir möchten
601 hier eine Transparenzinitiative starten und sicherstellen, dass Hochschulen,
602 Forschungsinstitute und Gründer*innen stärker von diesen Förderinstrumenten profitieren.

603 Mit Europäischen Start-ups durchstarten

604 Eine innovative Unternehmenslandschaft braucht ein lebendiges Gründungsgeschehen. Hier
605 entstehen die erfolgreichen Geschäftsmodelle von morgen. Dafür muss Gründen schneller und
606 einfacher werden. Wir setzen uns dafür ein, dass bisher weniger aktive Mitgliedstaaten
607 beispielsweise von Estland, dem europäischen Vorreiterland für Start-ups, lernen können.

608 Wir brauchen in der Kommission eine klare Zuständigkeit für Start-ups, damit der Know-How-
609 Transfer in der EU besser koordiniert und eine Strategie für das europäische
610 Gründungsgeschehen erarbeitet wird.

611 Wir wollen sicherstellen, dass es in jedem Mitgliedsland One-Stop-Shops gibt. Dort finden
612 Gründer*innen Begleitung und Beratung aus einer Hand. Einen Überblick über alle
613 Förderprogramme für Gründer*innen soll ein digitaler Kompass bieten. Mit einem Klick ohne
614 Umwege zur Antragstellung – das ist unser Ziel.

615 Die European Tech Champions Initiative, die die Bundesregierung gemeinsam mit anderen EU-
616 Mitgliedstaaten ins Leben gerufen hat, ist ein wichtiger Baustein, um Start-ups in der
617 Wachstumsphase besser zu unterstützen. Ergänzend wollen wir regelmäßige europäische Matching
618 Hubs ins Leben rufen, die private Investor*innen mit Gründer*innen an einen Tisch bringen,
619 eine Messe für Geschäftsmodelle der Zukunft.

620 Mittelstand fördern

621 Die Innovationsfähigkeit und die Tatkraft der KMU und des Handwerks sind Motor der
622 europäischen Wirtschaft. Diese Unternehmen werden im Verhältnis besonders stark durch die
623 Einführung neuer Regelungen belastet. Um sie zu unterstützen, wollen wir KMU-Tests
624 verbessern und konsequent anwenden, mit denen neue Gesetze auf ihre Auswirkungen auf KMU
625 überprüft werden. Wir setzen uns zusätzlich für angemessene Ausnahmen und Übergangsfristen
626 für KMU in neuen Gesetzen ein. Durch vereinfachte Antragsverfahren erleichtern wir den
627 Zugang von KMU zu Förder- und Investitionsprogrammen der EU. Mithilfe von festgelegten KMU-
628 Quoten stellen wir sicher, dass diese Programme ihnen auch tatsächlich zugutekommen. Die
629 Förderlandschaft in der EU werden wir vereinheitlichen und stärker mit nationalen
630 Förderinstrumenten verzahnen.

631 Manche Gesetzesvorschriften erweisen sich als mittlerweile überholt, andere in der Praxis
632 als untauglich. Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung aller Regulierungen ein, um
633 bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und Vorschriften, die ihr Ziel verfehlen, wieder
634 zu streichen. Beispielsweise wollen wir die Meldepflicht bei touristischen Übernachtungen
635 und die A1-Bescheinigungen durch einen praktikableren Ansatz ersetzen.

636 Ein zentrales Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der Verwaltung. Dadurch
637 können viele Behördengänge entfallen, der Datenaustausch automatisiert und Anträge leichter
638 gestellt werden. Verwaltungsleistungen sollen so weit wie möglich digital erfolgen.
639 Verfahrensstände sollen online einsehbar werden. Durch eine stärkere Vernetzung von
640 europäischen und nationalen Behörden soll das Once-Only-Prinzip eingeführt werden, damit
641 Daten künftig nur noch einmal bei Unternehmen abgefragt werden, um sie dann im Rahmen der
642 datenschutzrechtlichen Vorgaben und innerhalb der Behörden austauschen zu können. Die
643 Schriftformerfordernis in Verwaltungsverfahren wollen wir weitgehend abschaffen.

644 6. Digitale Souveränität

645 Europa digital fit machen

646 Digitalisierung liefert einen Schlüssel für zentrale Herausforderungen unserer Zeit. Sie
647 erlaubt es, grundlegende Lebensbereiche wie Verkehr, Bildung, Gesundheit oder Energie völlig
648 neu zu denken. Damit bietet sie enorme Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung und für
649 die Vereinfachung vieler Aufgaben für alle – von lästigen Verwaltungsgängen über das
650 Management von Lieferketten in der Industrie bis hin zur Erforschung und Therapie schwerer
651 Krankheiten. Wir wollen sie als Grundlage eines fairen, dezentralen, hoch vernetzten und
652 resilienten Wirtschaftssystems gestalten.

653 Auch im digitalen Bereich erleben wir einen Systemwettbewerb – zwischen einer
654 emanzipatorischen Digitalisierung, die Bürger*innen befähigt und Freiheit stärkt, und einer
655 Digitalisierung, die entmündigt und Überwachung fördert. Europa muss sich in diesem
656 Wettstreit selbstbewusst positionieren. Wir wollen deshalb die digitale Souveränität Europas
657 sichern, stärken und ausbauen.

658 Basis einer digitalen europäischen Souveränität ist unter anderem eine resiliente und
659 klimafreundliche Infrastruktur, zu der Breitbandnetze, Mobilfunknetze, Knotenpunkte,
660 Rechenzentren und die Verlässlichkeit sensibler Lieferketten zählen. Wir wollen vermehrt die
661 Entwicklung und Produktion von Infrastrukturkomponenten in Europa vorantreiben, seien es
662 Halbleiter oder Mobilfunktechnik. Dabei können wir auf starke europäische Unternehmen in
663 verschiedenen Sektoren der Digitalisierung aufbauen. Die Anbindung an die globale
664 Netzinfrastruktur, ob bei Unterseekabeln oder Knotenpunkten, wollen wir mit starken
665 europäischen Akteuren gestalten.

666 Digitalisierung voranzutreiben, heißt auch, sie in politischen Vorhaben mitzudenken. Wir
667 wollen die digitale Umsetzung von Gesetzesvorhaben bereits im legislativen Prozess
668 berücksichtigen. Damit können staatliche Dienstleistungen schneller und effizienter erbracht
669 werden. Vor allem kann die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse helfen, politische Regeln
670 – vom Grenzausgleichsmechanismus CBAM bis zum Datenschutz – in der wirtschaftlichen Praxis
671 handhabbar zu machen.

672 Die rasanten Fortschritte in der Entwicklung und Anwendung von KI stellen eine riesige
673 Chance für viele Lebensbereiche dar. Sie kann dem Menschen dienen, unser Leben vereinfachen
674 und unseren Wohlstand mehren, sie kann Prozesse in Alltag, Wissenschaft, Verwaltung und
675 Wirtschaft verändern und vereinfachen. Moderne KI-gestützte Verfahren können beispielsweise
676 dabei helfen, den Einsatz von Wasser sowie Pestiziden zu verringern und gleichzeitig den
677 Ernteertrag erhöhen. Sie schonen die Umwelt und erhöhen die Wirtschaftlichkeit. Wir wollen
678 KI nach unseren gemeinsamen Werten einsetzen. Mit dem KI-Gesetz macht Europa einen großen
679 Schritt in diese Richtung, der weltweit wahrgenommen und genau beobachtet wird. Wir wollen
680 diese Potenziale gestalten und nutzbar machen, dazu gehören die bessere Verfügbarkeit von
681 Daten und die Unterstützung bei Forschung und Transfer.

682 Mit datensparsamen und nachhaltigen technologischen Lösungen sowie mit Open-Source- und
683 Open-Data-Lösungen schaffen wir europäische Standortvorteile.

684 Wir wollen ökologische Standards in der IT international etablieren,
685 Nachhaltigkeitsstandards für Softwaredesigns entwickeln und implementieren sowie
686 energieintensive Rechenzentren klimaneutral betreiben lassen. Für Software und vernetzte
687 Geräte muss „Sustainability by Design“ die Regel sein; für KI, Cloud-Plattformen, Browser,
688 Suchmaschinen, digitale Marktplätze und soziale Netzwerke muss die EU

689 Nachhaltigkeitsstandards entwickeln. Dazu fordern wir einen Digital Sustainability Act, ein
690 europäisches Gesetz, das die Innovationskraft des Sektors für Informations- und
691 Kommunikationstechnologie für Nachhaltigkeit optimiert. Eine Abwärmeinfrastruktur von
692 Rechenzentren wollen wir in die europäische Energieinfrastruktur integrieren.

693 Daten rechtebasiert nutzen

694 Daten und die Verarbeitung von großen Datensätzen sind die Grundlage für zahlreiche
695 innovative Technologien und besonders der KI. Die kluge Nutzung von Daten leistet einen
696 wichtigen Beitrag dazu, unser Zusammenleben zu bereichern und zahlreiche gesellschaftliche
697 Probleme anzugehen sowie wirtschaftliches Wachstum zu fördern, Ressourcen zu schonen und die
698 wissenschaftliche Forschung voranzubringen.

699 Die Entwicklung von KI und der Erfolg europäischer KI-Modelle hängen vor allem an der
700 Verfügbarkeit von Daten. Wir wollen nicht personenbezogene Daten rechtebasiert besser
701 nutzbar und leichter zugänglich machen. Wir haben dazu beigetragen, dass dieses Prinzip bei
702 der Gesetzgebung zur Nutzung und dem verbesserten Austausch von Daten zwischen Unternehmen
703 im Rahmen der Datenstrategie umgesetzt wurde. Projekte wie die Smart City Barcelona können
704 ein Vorbild sein, wie Daten verfügbar gemacht werden und Forschung sowie Innovation
705 vorangetrieben werden.

706 Die EU hat mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) den Datenschutz in den vergangenen
707 Jahren weltweit stark geprägt und globale Maßstäbe bei der Regelung des Schutzes von
708 personenbezogenen Daten gesetzt.

709 Die Durchsetzung der Regeln in den Mitgliedstaaten ist allerdings unterschiedlich. Während
710 in Deutschland Entbürokratisierung und mehr Rechtssicherheit nötig sind, müssen die Regeln
711 gegenüber den internationalen Digitalkonzernen mit Sitz in anderen Mitgliedstaaten genauso
712 konsequent durchgesetzt werden. Gerade die Big-Tech-Unternehmen haben sich aufgrund der
713 laxen Durchsetzung in den letzten Jahren Wettbewerbsvorteile verschaffen können, die für
714 alle Wirtschaftsbereiche und insbesondere im Bereich Werbung, soziale Netzwerke und KI
715 entscheidend sind. Deshalb muss die Europäische Kommission für eine einheitliche und
716 konsequente Durchsetzung der DSGVO sorgen, um die Grund- und Bürger*innen-Rechte wirksam zu
717 schützen sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen zu schaffen, die eine
718 Sonderbehandlung von Großkonzernen gegenüber KMU ausschließen.

719 Durch die Digitalisierung des Datenschutzes sehen wir weitere Möglichkeiten, Nutzer*innen in
720 der Durchsetzung ihrer Ansprüche zu unterstützen, KMU die Umsetzung zu vereinfachen und
721 allseitige Rechtssicherheit zu schaffen. Darüber hinaus erleichtert der Ansatz es
722 Bürger*innen, ihre Daten für Forschungszwecke zu spenden und so die für KI-Modelle
723 notwendigen Datenpools zu erzeugen.

724 Digitale Standards setzen

725 Vertrauen und Verlässlichkeit sind für Verbraucher*innen und Unternehmen das A und O einer
726 erfolgreichen Digitalisierung. Dieses Vertrauen wird durch gemeinsame Standards gefördert
727 und gewährleistet. Daher treten wir für faire, offene und resiliente digitale
728 Regelungsrahmen ein. Unser besonderes Augenmerk richtet sich auf die notwendige
729 Investitionssicherheit für europäische Unternehmen, insbesondere KMU. Denn nur klare und
730 verlässliche Regeln stellen innovative, vertrauenswürdige und somit erfolgreiche
731 Wirtschaftsräume sicher. Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-Märkte-

732 Gesetz (DMA) haben wir in der EU dazu wichtige Schritte getan. Die Vollendung des digitalen
733 Binnenmarktes kann Europa dabei helfen, global wettbewerbsfähig zu sein.

734 Ein wesentlicher Schlüssel erfolgreicher Digitalpolitik liegt in der Interoperabilität:
735 Europas digitale Systeme müssen die gleiche Sprache sprechen. Interoperabilität bezeichnet
736 die Fähigkeit von IT-Systemen, über die Grenzen von Unternehmen, Behörden und
737 Forschungseinrichtungen hinweg Geschäftsprozesse abzuwickeln – vollautomatisch, ohne
738 manuelle Zuarbeiten. Das erfordert die Standardisierung gemeinschaftlicher
739 Softwareschnittstellen, spezifisch für jeden Anwendungsfall. Auf diese Weise können
740 Einzelpersonen, Firmen, Forschungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs)
741 gleichermaßen miteinander Transaktionen ausführen.

742 Die Erfahrung zeigt, dass Standardisierung innovativen Technologien zum Durchbruch verhelfen
743 kann. Beispiele dafür sind das World Wide Web oder der digitale Mobilfunk (GSM).
744 Interoperabilität durchbricht Monopolstellungen, eröffnet damit Wirtschaftsräume und
745 milliardenschwere Märkte, die vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen aus Europa
746 riesige Chancen bieten.

747 Die EU hat mit dem European Interoperability Framework (EIF) einen ersten
748 Kristallisationspunkt geschaffen, an dem wir ansetzen: In verschiedenen Gruppen erarbeiten
749 Vertreter*innen unterschiedlicher Interessensgruppen die standardisierten IT-Schnittstellen
750 (Profile) für den jeweiligen Anwendungsfall.

751 Das Erarbeiten dieser Standards muss demokratisch legitimiert sein. Willkürlichen Konsortien
752 internationaler Großunternehmen fehlt es daran. Wir wollen die Standardisierung daher ebenso
753 für Entwickler*innen, die Zivilgesellschaft und kleine und mittlere Unternehmen öffnen.
754 Damit alle unter gleichen Voraussetzungen an dieser Gestaltung mitwirken können, muss ihr
755 Engagement vergütet werden. Wir sehen es als zentrale Aufgabe der EU, über diese
756 demokratische Governance zu wachen sowie für Planungs- und Investitionssicherheit zu sorgen.
757 Die EU kann darüber hinaus durch die Macht der öffentlichen Hand als Kundin einen
758 entscheidenden Beitrag dazu leisten, diese Standards am Markt durchzusetzen.

759 Verbraucherschutz digitalisieren

760 Die zunehmende Relevanz von Software und digitalen Plattformen muss sich im
761 Verbraucher*innenschutz widerspiegeln. In den vergangenen Jahren hat die EU hier bedeutende
762 Fortschritte gemacht. Mit dem DSA und dem DMA haben wir in Europa die Grundsteine gelegt, um
763 klare Regeln im Internet zu schaffen und Wettbewerb wiederherzustellen. Die Big-Tech-
764 Konzerne müssen nun regelmäßig das Risiko bewerten, das ihre Algorithmen für die
765 Gesellschaft darstellen – und wo nötig Gegenmaßnahmen vorschlagen. Auf unseren Druck hin
766 erhalten Wissenschaftler*innen und NGOs Zugang zu den Daten der Plattformen, um deren
767 Wirkungsweise zu erforschen und öffentlich zu machen. Diese Regeln gilt es jetzt, in
768 Deutschland und Europa konsequent durchzusetzen und aufgrund der durch Datenzugänge
769 gewonnenen Erkenntnisse weiterzuentwickeln. Gesetze zum Schutz von Verbraucher*innen im
770 digitalen Raum müssen durchgesetzt und angewendet werden; hierzu wollen wir auf nationaler
771 und europäischer Ebene die Verbraucherschutzstellen stärken. Die Regulierung digitaler
772 Plattformen muss die Dominanz großer digitaler Marktplätze stärker in den Blick nehmen.
773 Immer stärker kommt es in diesem Zusammenhang auch zu Grundrechtsverletzungen dieser
774 Plattformen, wenn Nutzer*innen grundlos gesperrt werden.

775 Wir wollen für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen, die KMU gute Zugänge bieten und
776 Verbraucher*innen nicht unbegrenzter Marktmacht aussetzen. Es muss gewährleistet sein, dass
777 diese ihre Produkte zu fairen Bedingungen online handeln können. Dafür werden wir

778 nötigenfalls das Wettbewerbsrecht nachschärfen. Wir wollen die Rechte von Nutzer*innen auf
779 digitalen Kommunikationsplattformen stärken. Interoperabilität hilft dabei: Plattformen
780 sollen miteinander kommunizieren können, sodass Nutzer*innen unterschiedlicher Dienste
781 miteinander in Austausch treten können. Das Umziehen von Daten wird dadurch möglich und
782 verbessert, damit Nutzer*innen beim Verlassen von Plattformen darauf zurückgreifen können.

783 7. Kreislaufwirtschaft

784 Abhängigkeiten bei Rohstoffen reduzieren

785 Sie stecken im E-Auto auf der Straße oder im Solarpanel auf dem Dach: Für eine klimaneutrale
786 Wirtschaft, die nötigen Technologien und Produkte brauchen wir Rohstoffe. Laut
787 Internationaler Energieagentur (IEA) wird sich der Bedarf an metallischen Rohstoffen allein
788 für grüne Energietechnologien bis zum Jahr 2040 vervierfachen, um die Ziele des Pariser
789 Klimaabkommens zu erfüllen. Ein großer Teil dieser Rohstoffe wird derzeit in Ländern des
790 Globalen Südens abgebaut – und in der Volksrepublik China in Schmelzen und Raffinerien
791 weiterverarbeitet. Deutsche und europäische Unternehmen sind bei einer Reihe von Metallen zu
792 75 bis 100 Prozent auf Importe angewiesen. Da mit China derzeit ein einziges Land die
793 zentrale Stellung in der Rohstofflieferkette einnimmt, muss Europa seine Rohstoffquellen
794 diversifizieren, um die eigene Unabhängigkeit zu sichern. Wir setzen uns deshalb für die
795 Gründung einer europäischen Rohstoffagentur sowie für regelmäßige und verpflichtende
796 Stresstests für betroffene Unternehmen ein, um die Rohstoffsicherheit der europäischen
797 Wirtschaft zu gewährleisten.

798 Mit dem EU Critical Raw Materials Act (CRMA) haben wir einen großen Schritt für mehr
799 Rohstoffsicherheit gemacht. Das Ziel des CRMA ist, dass nicht mehr als 65 Prozent der
800 Importe kritischer Rohstoffe aus einem einzigen Drittstaat kommen dürfen. Unser Ansatz der
801 Diversifizierung basiert auf verschiedenen Säulen: die Reduktion des Rohstoffverbrauchs und
802 die Umsetzung einer effektiven Kreislaufwirtschaft, die Substitution besonders knapper
803 Rohstoffe, die Verwendung und Weiterverarbeitung heimischer Rohstoffe in der EU sowie die
804 Umsetzung einer nachhaltigen Rohstoffaußenpolitik, die auf die Ausweitung der
805 partnerschaftlichen Kooperationen mit Ländern weltweit setzt und dabei ambitionierte
806 Nachhaltigkeitsziele verfolgt.

807 Zirkulär wirtschaften

808 Der kluge Umgang mit Ressourcen ist eine der zentralen Voraussetzungen für eine
809 wettbewerbsfähige Wirtschaft. Kreislaufwirtschaft ist im Mainstream angekommen und wir
810 machen sie zum europäischen Erfolgsmodell. Der größte Beitrag zur Rohstoffsicherheit ist das
811 Einsparen von knappen Rohstoffen und ihre wiederholte Nutzung. Die Kreislaufwirtschaft
812 verfolgt das Ziel, dass Materialien und Produkte so lange wie möglich geteilt, geleast,
813 wiederverwendet, repariert, aufgearbeitet und recycelt und Abfälle auf ein Minimum reduziert
814 werden. Das beginnt schon beim Entwerfen von neuen Produkten. Deshalb wollen wir eine
815 ressourcenschonende, langlebige und umweltfreundliche Gestaltung im Sinne eines „Designs for
816 Recycling“ unterstützen. Es ist gut, dass die Ökodesign-Richtlinie nun auch in diesem Sinne
817 weiterentwickelt wird. Verbrauchsgüter sollen strengere Mindestkriterien erfüllen, um Klima
818 und Ressourcen zu schonen. Produzenten müssen den gesamten Lebenszyklus ihrer Produkte in
819 den Blick nehmen, damit neben der Produktion auch die Verwendung und die Verwertung
820 möglichst nachhaltig sind. Wir setzen auch auf die nachhaltige Nutzung des bestehenden
821 Gebäudebestands und den Einsatz modularer Bauweisen.

822 Viel zu oft landet zum Beispiel die Waschmaschine auf dem Müll, weil es einfacher und
823 günstiger ist, sie neu zu kaufen, als sie reparieren zu lassen. So werden Ressourcen unnötig
824 verbraucht und in der EU jährlich 35 Millionen Tonnen Abfall aus noch gebrauchsfähigen Waren
825 verursacht. Für eine Gesellschaft ohne Müll wollen wir das Recht auf Reparatur, eine Pflicht
826 zur Bereitstellung von Ersatzteilen und die Zerstörung von Neuwaren minimieren. Auch das
827 Zerstören zurückgeschickter Waren aus dem Onlinehandel soll so bald ein Ende haben.

828 Noch immer verlieren wir wertvolle Rohstoffe zur Produktion von Waren aufgrund lückenhafter
829 Regeln. Illegalen Abfallexporten wollen wir durch eine konsequente Umsetzung der neuen
830 Abfallverbringungsverordnung den Riegel verschieben. Wir setzen uns dafür ein, dass
831 Plastikmüllexporte in Drittstaaten gänzlich beendet werden.

832 Für die Erhöhung der Versorgungssicherheit in der EU brauchen wir einen europäischen Ansatz,
833 damit wir die Rohstoffquellen und -verarbeitungskapazität auf unserem Kontinent effektiv
834 nutzen können. Dazu gehört auch der heimische Bergbau von knappen Rohstoffen und die
835 Stärkung der Weiterverarbeitungskapazitäten in der EU. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
836 die EU dies unter Einhaltung von hohen Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsstandards
837 ambitioniert voranbringt.

838 Doch Rohstoffquellen gibt es nicht nur unter der Erde: In unseren Häusern, Infrastrukturen,
839 aber auch in unseren Deponien und Halden liegen Rohstoffquellen, die wir bislang nicht
840 ausreichend erschlossen haben. Deshalb wollen wir eine konsequente Wiederverwendung und
841 Weiternutzung von Rohstoffen durch eine zirkuläre Wirtschaft fördern, die die Chancen der
842 Digitalisierung nutzt, sowie das sogenannte Urban Mining vorantreiben. Dadurch schaffen wir
843 neue Geschäftsmodelle und verringern gleichzeitig den Bedarf an knappen Primärrohstoffen.

844 Mehrweg- und Pfandsysteme möchten wir europaweit vereinheitlichen und ausweiten. Wir wollen
845 die Sammelquoten von Batterien erhöhen und insbesondere ein Rückgabesystem für Lithium-
846 Ionen-Batterien einführen. Die Verwendung von kritischen Rohstoffen wie Lithium sollte durch
847 weniger kritische Mineralien ersetzt werden, etwa durch den verstärkten Einsatz von Natrium-
848 Ionen-Batterien. Hierfür wollen wir weitere Forschungsgelder bereitstellen.

849 Rohstoffpartnerschaften schließen

850 Um unsere Rohstofflieferquellen außerhalb der EU vielfältiger zu gestalten, setzen wir uns
851 für eine nachhaltige Rohstoffaußenpolitik ein. Sie zielt darauf ab, neue und strategische
852 Partnerschaften im Rohstoffsektor aufzubauen und bestehende Partnerschaften zu vertiefen.
853 Wir unterstützen internationale Kooperationsformate wie die Minerals Security Partnership
854 (MSP) und eine verstärkte Zusammenarbeit der G7 im Rahmen des Clubs für kritische Rohstoffe.

855 Darüber hinaus wollen wir partnerschaftliche Kooperationen mit rohstoffreichen Ländern
856 weltweit vertiefen und diese bei der Um- und Durchsetzung ihrer Nachhaltigkeits- und
857 Menschenrechtsstandards unterstützen. Wir wollen Kooperationsangebote nicht nur einseitig im
858 europäischen Versorgungsinteresse ausrichten, sondern Partnerländern dabei zur Seite stehen,
859 ihre Wertschöpfung im Rohstoffsektor zu erhöhen und sie so besser in Lieferketten zu
860 integrieren. Wir wollen Länder bei dieser Aufgabe über den Global Gateway und andere
861 Finanzierungsinitiativen unterstützen und in diesem Kontext auch den Ausbau von Transport-
862 und Energieinfrastruktur fördern.

863 8. Moderne Mobilität

864 Europas Verkehrswende voranbringen

865 Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, in Europa sicher und bezahlbar mobil zu sein.
866 Damit das auch morgen noch so ist, gestalten wir ein Verkehrssystem, das klimaneutral
867 funktioniert. Dazu gehört, dass Menschen sich auch ohne eigenen Personenkraftwagen (Pkw)
868 komfortabel bewegen können. Wir brauchen gut ausgebaute Schienenwege und attraktive Züge,
869 ein engmaschiges Netz an Radwegen und Radrouten, den Ausbau der E-Ladeinfrastruktur, ein
870 sicheres Straßennetz, klimaneutralen Flug- und Schiffsverkehr und attraktive Angebote, um
871 verschiedene Verkehrsträger zu kombinieren.

872 Eine solche Verkehrswende ist ein zentraler Baustein für ein gutes und selbstbestimmtes
873 Leben im Einklang mit dem Klimaschutz – in der Stadt und auf dem Land. Wir setzen uns
874 deshalb dafür ein, dass das europäische Bahnnetz weiter ausgebaut wird. Insbesondere die
875 Wiederherstellung von Lückenschlüssen zwischen den Ländern, europäischer Güterverkehr und
876 gute Nachtzüge haben für uns Priorität.

877 Nachtzüge sind eine komfortable und klimafreundliche Möglichkeit, lange Strecken innerhalb
878 Europas zurückzulegen, und damit eine gute Alternative zum Fliegen. Ein massiver Ausbau des
879 Nachtzugverkehrs ist daher geboten. Wir setzen uns deshalb für reduzierte Trassenpreise,
880 eine bessere Förderung für grenzüberschreitende Züge, für den zügigen Ausbau der
881 Eisenbahninfrastruktur und insbesondere eine industriepolitische Offensive für moderne
882 Schlafwagen ein.

883 Die Stärkung von Bahn- und Fahrradwirtschaft bietet nicht zuletzt große
884 Beschäftigungspotenziale in der Entwicklung, Produktion und Instandhaltung. Insbesondere das
885 industriepolitische Potenzial der Fahrradwirtschaft für lokale, ressourceneffiziente
886 Produktion ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Deshalb setzen wir uns für eine
887 europäische Fahrradstrategie ein, die auch den Bau sicherer Fahrradwege und die Förderung
888 der privaten und gewerblichen Nutzung von Cargobikes umfasst.

889 Tickets einfach buchen

890 Was beim Buchen von Flügen selbstverständlich ist, soll künftig auch für alle Zugreisen in
891 Europa Standard sein. Mit einem anbieterübergreifenden Ticketing-System können wir
892 Buchungsplattformen in die Lage versetzen, durchgehende Fahrkarten einschließlich Sharing-
893 Angeboten für alle anzubieten. Dabei werden jeweils die günstigsten Fahrkarten auf einfache
894 Weise zugänglich gemacht. Reisende werden anschauliche und transparente Informationen zu den
895 Kosten, Fahrzeiten sowie zur Klimawirkung der jeweiligen Reiseoption bekommen und die für
896 sie beste Option wählen können. Damit Europa auf der Schiene zusammenrückt, müssen Buchungen
897 einfacher erfolgen.

898 Dies sollte auch für den Offlineverkauf von Fahrscheinen gelten. Interrailtickets sollten
899 leichter reserviert werden können. Wir wollen zum unbeschwerteren Reisen einladen und deshalb
900 die Fahrgastrechte stärken. Zum Beispiel sollen Reisende bei Zugausfall jeden beliebigen
901 nächsten Zug oder Bus nutzen können, auch wenn dieser von einem anderen Unternehmen
902 betrieben wird.

903 Auch im europaweiten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) soll eine konsequente Umsetzung
904 des Open-Data-Prinzips dafür sorgen, dass Mobilitätsangebote für alle leicht und günstig
905 nutzbar sind. Insbesondere Sharing-Modelle und die Kombination verschiedener Verkehrsmittel,
906 zum Beispiel E-Bike und Bahn oder Park and Ride, sollen davon profitieren. Um

907 Klimafreundliche Mobilität zu fördern, wollen wir Fahrgästen in neuen Zügen die
908 Fahrradmitnahme ermöglichen.

909 Daneben wollen wir in Europa für das Flatrate-Prinzip im ÖPNV werben, das wir mit dem
910 Deutschland-Ticket erfolgreich im eigenen Land etabliert haben. Das Deutschland-Ticket soll
911 auch in der ersten Station im Nachbarland gelten, um den grenzübergreifenden Austausch zu
912 stärken.

913 Antriebswende umsetzen

914 Damit auch morgen noch alle mobil sein können, wollen wir die Antriebswende zur
915 Klimaneutralität beschleunigen. Dabei muss das Prinzip gelten, so viele Verkehrsmittel wie
916 möglich elektrisch mit erneuerbaren Energien zu betreiben. Grüner Wasserstoff und die darauf
917 basierenden E-Fuels sollten bevorzugt dort eingesetzt werden, wo Verkehrsmittel nicht
918 preiswerter elektrisch betrieben werden können.

919 Die Automobilindustrie ist ein zentraler Industriezweig in Deutschland und bietet viele
920 Arbeitsplätze. Wir wollen sie auch deshalb auf dem Weg der Antriebswende unterstützen. Die
921 EU hat in einer historischen Entscheidung beschlossen, dass ab 2035 keine fossilen
922 Verbrennungsmotoren in Pkw mehr neu zugelassen werden dürfen. Nun braucht es eine
923 flächendeckende, intelligent vernetzte und effiziente Ladeinfrastruktur für alle
924 Verkehrsmittel. Es muss ohne Probleme möglich sein, mit einem E-Auto von Stockholm nach
925 Syrakus zu fahren. Um den Übergang zur E-Mobilität möglichst attraktiv zu gestalten, wollen
926 wir aktuelle Mängel im Verbraucherschutz, zum Beispiel teure Roaming-Gebühren beim Laden
927 eines E-Autos, abschaffen.

928 Neueste Entwicklungen deuten darauf hin, dass auch der schwere Güterverkehr auf der Straße
929 in Zukunft zum größten Teil batterieelektrisch abgewickelt werden kann. Dazu braucht es den
930 schnellen Ausbau der Ladeinfrastruktur für Lastkraftwagen (Lkw) entlang der europäischen
931 Fernstraßen und in den Güterverteilzentren.

932 Neue Pkw und andere Verkehrsmittel sollen schon in der Herstellung und Entwicklung durch
933 Effizienzstandards stärker an Energie- und Ressourceneffizienz orientiert werden. So wollen
934 wir größere Anreize für Hersteller schaffen, um leichte und effiziente Lösungen anzubieten.
935 Um den schweren Luft- und Schiffsverkehr klimaneutral zu gestalten, unterstützen wir die
936 Produktion nachhaltiger Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel E-Kerosin. Für
937 Häfen unterstützen wir den schnellen Aufbau einer klimaneutralen Versorgung. So werden
938 fossile und biogene Brennstoffe im Verkehr in einer Generation der Vergangenheit angehören.
939 Für den Flugverkehr unterstützen wir die Forschung und Entwicklung von klimaneutralen
940 Technologien.

941 Verkehr sicher machen

942 Wir verfolgen die Vision Zero für den Straßenverkehr. Diese zielt darauf ab, dass es keine
943 Verkehrsunfälle mit schweren Verletzungen mehr gibt. Wir setzen uns deshalb für sichere
944 Schulwege, Tempo 30 und Verkehrssicherheitszonen in dicht bevölkerten Innenstädten sowie für
945 ein EU-weites Tempolimit auf Autobahnen ein.

946 Lärm wird als Gesundheitsfaktor noch immer unterschätzt. Wir setzen uns für ambitioniertere
947 Reduktionsziele im Verkehr ein. Flugzeuge, Bahnen, Autos und Motorräder wollen wir stärker
948 für die Gesundheit der Menschen in die Verantwortung nehmen. Dazu wollen wir die EU-
949 Umgebungslärmrichtlinie sowie quellenbezogene Lärmrichtlinien (beispielsweise Grenzwerte für
950 die Geräuschemission von Fahrzeugen) weiterentwickeln und an den Stand der Technik anpassen.

951 Mehrfachbelastungen wollen wir stärker berücksichtigen. So kann die Gesundheitsbelastung der
952 Menschen durch Verkehr um bis zu 50 Prozent gesenkt werden. Auch Stickoxide, (Ultra-)
953 Feinstaub, Reifen- und Bremsabrieb müssen für den Schutz der Gesundheit minimiert werden.
954 Die Luftreinhaltungsrichtlinie und die Euro-7-Abgasnorm sind hierfür wichtige Schritte.

955 9. Gesunde Natur

956 Unsere Natur bewahren

957 Wir sind Teil der Natur. Unser Wohlstand, unsere Lebensqualität, unsere Zukunft hängen von
958 ihr ab. Die Natur zu schützen und dafür Sorge zu tragen, dass wir sie auch in Zukunft noch
959 verantwortungs- und respektvoll nutzen können, ist eine entscheidende Aufgabe der Politik.
960 Das gilt nicht zuletzt, weil der Reichtum der europäischen Lebensräume – von den unberührten
961 Wäldern Nord- und Osteuropas über die vielfältigen Kulturlandschaften Mitteleuropas bis hin
962 zum Mittelmeer – unser Selbstverständnis als Europäer*innen prägt und weltweit für unseren
963 Kontinent steht.

964 Wir haben hier auch dank unserer Anstrengungen in Deutschland und Europa in den vergangenen
965 Monaten große Durchbrüche erzielt:

966 Das EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law, NRL) sowie die
967 Vereinbarungen der Weltnaturkonferenz in Montreal 2022 und das Abkommen der UN zum Schutz
968 der Biodiversität auf Hoher See sind historische Meilensteine. 30 Prozent der Land- und
969 Meeresflächen sollen dank dieser Abkommen unter Naturschutz stehen, 10 Prozent der Flächen
970 sogar unter besonderem Schutz. Bedrohte Arten und Lebensräume sollen endlich besser
971 geschützt und geschädigte Ökosysteme wiederhergestellt werden. Zudem wurden erstmals
972 verbindliche Regeln für den Schutz der Hohen See vereinbart. Insgesamt dürfen damit
973 Meeresressourcen nur noch nachhaltig genutzt werden. Mit dem NRL haben wir im Europäischen
974 Parlament unseren Kontinent auf den Kurs für die dringend notwendige Wiederherstellung der
975 europäischen Natur gesetzt. Diese Pläne müssen wir jetzt verwirklichen: Eine verbesserte
976 Naturschutzfinanzierung ist zum Erreichen der globalen und europäischen Ziele unabdingbar.
977 Deshalb fordern wir einen eigenen Naturschutzfonds ein. Mit dem NRL sollen bis 2050 alle
978 Ökosysteme auf den Weg der Erholung geführt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die
979 entsprechenden Konzepte bis 2035 vorliegen müssen.

980 Artenvielfalt retten

981 Die Klimakrise geht einher mit einer Biodiversitätskrise extremen Ausmaßes. Beide bedingen
982 einander: Die Natur ist unsere wichtigste Verbündete im Kampf gegen die Klimakrise.
983 Naturschutz und Klimaschutz müssen gemeinsam gedacht werden.

984 Wir möchten daher besonders den natürlichen Klimaschutz fördern. Schlüsselemente sind hier
985 die Wiedervernässung von Mooren und Auen, ein naturnaher Waldumbau und effektiver
986 Meeresschutz.

987 Wir setzen uns dafür ein, dass es keinen Tiefseebergbau geben wird, bis ausreichend
988 wissenschaftliche Erkenntnisse über dessen Auswirkungen vorliegen und ernsthafte
989 Umweltschäden ausgeschlossen werden können. Denn neben Mooren und Wäldern gehören die
990 Ozeane zu den wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die Klima- und Biodiversitätskrisen.

991 Intakte Ökosysteme gibt es nur mit einer lebendigen Artenvielfalt. Von den 8 Millionen Tier-
992 und Pflanzenarten auf unserer Erde sind 1 Million vom Aussterben bedroht – und damit ein
993 unendlicher Reichtum. Dieses Massensterben muss dringend gestoppt werden. Ein wichtiger
994 Hebel dafür ist die Art und Weise, wie wir Flächen bewirtschaften. Den Artenschwund in und
995 um Agrarflächen und Wälder wollen wir stoppen, indem wir die Flächenversiegelung aufhalten
996 und den Naturschutz in der Bewirtschaftung von Flächen stärken. Der Erhalt von Ökosystemen
997 muss deshalb immer mitgedacht werden. Wir setzen uns insbesondere für den Insekten-, Vogel-
998 und Bodenschutz ein. In der Bewirtschaftung wollen wir die ökologische Landwirtschaft und
999 naturnahe Waldbewirtschaftung fördern. Wir brauchen Misch- statt Monokulturen in Land- und
1000 Forstwirtschaft, weniger Pestizideinsatz sowie eine Abkehr von degradierenden Praktiken wie
1001 Kahlschlägen. Wir machen uns gegen illegale Rodungen stark und fordern klare, einheitliche
1002 Definitionen für die europäische Forstwirtschaft. Dafür braucht es ein einheitliches
1003 Monitoring und europaweite ökologische Mindeststandards im Wald. Im Hinblick auf die
1004 zunehmende Trockenheit brauchen wir außerdem eine europäische Waldbrandstrategie, die durch
1005 naturnahe Wälder, die Vermeidung von Kahlschlägen und ökologische Schutzkorridore die
1006 Brandgefahr eindämmt.

1007 Zur Erhaltung der Artenvielfalt wollen wir die natürlichen Lebensräume wieder miteinander
1008 vernetzen, sodass Wanderungen und ein genetischer Austausch möglich und dadurch stabile
1009 Populationen gesichert sind. Das ist eine grüne Infrastruktur für Europas Natur. Zentral
1010 dafür ist das Natura-2000-Netzwerk. Die genetische Vielfalt fördert die Resilienz unserer
1011 Ökosysteme und schafft somit auch einen gesellschaftlichen Mehrwert. Die Korridore sollen in
1012 engem Austausch mit den Kommunen, Landwirt*innen und Förster*innen entstehen. Darüber hinaus
1013 wollen wir sicherstellen, dass Ökosysteme nicht zusätzlich zerschnitten werden, ohne einen
1014 genetischen Austausch zu gewährleisten. Wir engagieren uns für die Bereitstellung
1015 finanzieller Anreize für Landwirt*innen und Landbesitzer*innen, um nachhaltige Praktiken
1016 einzuführen, die den Schutz der Natur und der Artenvielfalt fördern.

1017 In diesem Rahmen wollen wir klimaresiliente Ökosysteme wiederherstellen und
1018 Ausweichschutzgebiete für kälteliebende Arten sowie Hilfsprogramme für besonders betroffene
1019 Arten schaffen.

1020 Umwelt schützen

1021 Die zunehmende Verschmutzung und Vermüllung ist neben der Klima- und Biodiversitätskrise die
1022 dritte große Herausforderung für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Sie
1023 belastet Mensch und Ökosysteme. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Auswirkungen der
1024 Nutzung umwelt- und gesundheitsschädlicher Chemikalien. Besonders vordringlich ist es,
1025 Stoffe in den Blick zu nehmen, die Mensch und Ökosysteme dauerhaft schädigen. Dazu zählen
1026 sogenannte Ewigkeitschemikalien wie [per- und polyfluorierte Chemikalien \(PFAS\)](#). Diese werden
1027 seit Jahrzehnten zum Beispiel in der Herstellung von Halbleitern, Medizinprodukten,
1028 Textilien oder Kältemitteln vielfältig verwendet. Überall dort, wo sie gut ersetzt werden
1029 können und insbesondere in verbrauchernahen Produkten, wollen wir aus ihrer Verwendung rasch
1030 aussteigen. Gleichzeitig brauchen wir einen differenzierten Regulierungsrahmen, um die
1031 Entwicklung von Alternativen zu verstärken und den Produktionshochlauf wichtiger
1032 Zukunftstechnologien wie Elektrolyseuren oder elektrischer Antriebe nicht zu gefährden.

1033 Wir setzen uns zudem für eine Chemikalienstrategie ein, die Nachhaltigkeitsanforderungen
1034 wirklich umsetzt, vor allem bei Spielzeug-, Lebensmittelkontaktmaterialien und Kosmetik. Wir
1035 wollen deshalb bei der Reform des europäischen Instruments für die Sicherheit von
1036 Chemikalien (REACH-Regelung) schneller vorankommen. Wir setzen uns für die Verwendung eines

1037 umfassenderen Ansatzes zur Risikobewertung ein, der verschiedene Dimensionen der Wirkung von
1038 Chemikalien, schnellere Verfahren und bessere Sanktionsmöglichkeiten berücksichtigt.

1039 Vor allem aber wollen wir unsere Chemie nachhaltig und damit zukunftstauglich aufstellen.
1040 Deshalb setzen wir uns für ein neues Investitionsprogramm für sichere und nachhaltige
1041 Chemikalien „made in EU“ (EU Sustainable Chemistry Act) zur Förderung des Markthochlaufs von
1042 Green Chemistry ein. Dies ist ein Teil unseres Programms für eine klimagerechte
1043 Industriepolitik.

1044 Sauberes Wasser für alle

1045 Besonders extreme Dürren und Starkregenereignisse nehmen in Europa deutlich zu. Das ist eine
1046 große Herausforderung, um in ganz Europa die Versorgung mit sauberem Wasser sicherzustellen,
1047 und ein Stressfaktor für unsere Natur. Bilanziell hat etwa Deutschland in den vergangenen 20
1048 Jahren 20 Prozent seiner Wasservorräte verloren. Wir brauchen deshalb eine europäische
1049 Wasserstrategie, die Extreme abpuffert, sauberes Trinkwasser für alle sichert sowie den
1050 Bedarf in der Landwirtschaft und in den natürlichen Lebensräumen deckt. Neben dem Gesetz zur
1051 Wiederherstellung der Natur müssen auch die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie
1052 schnellstmöglich umgesetzt werden, um die Übernutzung von Grundwasser und die dadurch
1053 drohende Schädigung von Feuchtgebieten und Flüssen zu verhindern.

1054 Wir setzen uns ein für den Umbau hin zu einer klimaresilienten Wasserinfrastruktur und einem
1055 naturverträglichen Hochwasserschutz. Das Risiko von Überflutungen durch Starkregenereignisse
1056 reduzieren wir durch mehr Regenwasserbecken, Grünflächen, Bäume und Fassadenbegrünung.
1057 Dieser Umbau zur Schwammstadt bietet gleichzeitig Kühlung und verbessert die Luftqualität.

1058 Wir brauchen klare europaweite Grenzwerte, um bei länderübergreifenden Wasserkrisen, wie an
1059 der Oder, konsequent handeln zu können. Wir verschreiben uns dem Ziel, 25.000 Kilometer in
1060 der EU in frei fließende Flüsse zu renaturieren – wie in der EU-Biodiversitätsstrategie
1061 vorgesehen. Und wir setzen uns für einen Vorrang für Trinkwasser gegenüber gewerblicher oder
1062 landwirtschaftlicher Nutzung ein.

1063 Dazu ist es auch notwendig, die sparsame Nutzung und die Speicherung von Wasser in der
1064 Landschaft stärker in den Mittelpunkt zu stellen, ob im Gemüsebau durch
1065 Tröpfchenbewässerung, im Wald durch naturnahen Mischwald oder in Gewerbe und Industrie durch
1066 sparsame Prozesse und Wiederaufbereitung. Hier setzen wir verstärkt auf Kooperation
1067 innerhalb Europas und mit den Mittelmeeranrainern. Denn die Erfahrungen in den semiariden
1068 Gebieten des Südens werden in den anderen Teilen Europas dringend gebraucht.

1069 Tiere schützen

1070 Wir haben eine besondere Verantwortung für Tiere in menschlicher Obhut. Wir wollen, dass
1071 Europa alle Tiere durch konsequente und ambitionierte Gesetzgebung sowie die Durchsetzung
1072 bestehender Regelungen schützt. Denn Europäer*innen wollen Tierschutz: Sechs der zehn
1073 erfolgreichen europäischen Bürgerinitiativen setzen sich dafür ein.

1074 Wir fordern die Umsetzung der Initiative „Fur Free Europe“, um die Pelztierzucht und den
1075 Handel mit Zuchtpelzprodukten auf dem europäischen Markt zu verbieten.

1076 Wir setzen uns darauf aufbauend für eine konsequente Umsetzung des EU-Aktionsplans zur
1077 Bekämpfung des illegalen Artenhandels ein. Den Import von Wildfängen für die Privathaltung
1078 wollen wir beenden sowie den Import und Handel von Arten unter Strafe stellen, die in ihrem
1079 Herkunftsland national geschützt sind. Wir sind für ein Einfuhrverbot von Jagdtrophäen von

1080 Tierarten, die durch das Washingtoner Artenschutzübereinkommen und die EU-
1081 Artenschutzverordnung geschützt sind, wie bereits vom EU-Parlament gefordert. In
1082 Handelsabkommen setzen wir uns für hohe Tierschutzstandards ein.

1083 EU und Mitgliedsländer sollen konkrete Ausstiegspläne aus Tierversuchen erstellen, die
1084 Experimente an Tieren für Chemikalienprüfungen und Medizinprodukte wo immer möglich beenden,
1085 für Arzneimittelentwicklung und Grundlagenforschung reduzieren und auch die Förderung
1086 tierversuchsfreier Bildungs- und Ausbildungsinitiativen umfassen. Die Entwicklung und
1087 Anerkennung von Ersatzmethoden wollen wir verstärken und beschleunigen. Geprüfte tierfreie
1088 Methoden sollen unverzüglich in Testrichtlinien aufgenommen werden und an die Stelle von
1089 Tierversuchen treten.

1090 **10. Eine starke Landwirtschaft**

1091 Gemeinsame Agrarpolitik weiter entwickeln

1092 Landwirt*innen versorgen uns nicht nur mit dem, was wir zum Überleben brauchen. Sie sorgen
1093 auch für eine Vielfalt an Lebensmitteln in Europa, die ihresgleichen sucht. Gleichzeitig
1094 erhalten und pflegen sie so unsere Kulturlandschaften, die Felder, Wiesen und Weinberge, die
1095 Europa auszeichnen. Wir wollen diese Landwirtschaft stärken – im Einklang mit der Natur und
1096 im Dienste aller Menschen, der Produzent*innen wie der Verbraucher*innen.

1097 Wir wollen dazu die europäische Agrarpolitik so umbauen, dass diejenigen, die die Flächen
1098 bewirtschaften, unbürokratisch für den Erhalt der Natur und der Kulturlandschaft bezahlt
1099 werden. Denn sie sind es, die diese gesellschaftliche Leistung erbringen, und nicht die
1100 Eigentümer*innen der Flächen.

1101 Statt pauschalen, flächenbezogenen Direktzahlungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP),
1102 die Fehlanreize setzen und nicht zielgerichtet zu einer zukunftsfähigen landwirtschaftlichen
1103 Struktur beitragen, wollen wir konsequent Leistungen für Klima, Umwelt, Biodiversität,
1104 Gesundheit – und damit für das Gemeinwohl entlohnen. Leistungen sind so zu gestalten, dass
1105 sie Planungssicherheit ermöglichen und direkt bei den Landwirt*innen ankommen, die vor Ort
1106 verankert sind.

1107 Die EU-Agrarpolitik können wir damit so gestalten, dass sie allen in der Landwirtschaft
1108 tätigen Frauen und Männern eine Perspektive bietet, denn jeder Hof zählt. Indem wir
1109 regionale Wertschöpfungsketten vom Bauernhof bis zum Teller und das Lebensmittelhandwerk
1110 stärken, verbessern wir ihre wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

1111 Landwirt*innen müssen dabei gegenüber den Verarbeiter*innen und dem Einzelhandel in der
1112 Wertschöpfungskette gestärkt werden. Insbesondere der Einzelhandel kann und muss einen
1113 höheren Beitrag zur Stabilisierung der Erlöse für die Produzenten und der Preise für die
1114 Verbraucher*innen leisten. Wir setzen uns deshalb für europaweite Regelungen ein, um
1115 Preisdumping im Lebensmittelbereich zu beenden.

1116 Gute Lebensmittel für alle

1117 Ernährung ist ein zentraler Teil unserer Kultur und individuellen Identität. Sie ist
1118 maßgeblich für unsere Gesundheit und unsere Lebensqualität. Wir wollen eine gute Ernährung
1119 für alle ermöglichen. Das ist auch ein Beitrag zur Stärkung regionaler Wirtschaftsräume,
1120 denn die Herstellung und Verarbeitung von Lebensmitteln vor Ort schafft Wohlstand und
1121 regionale Identität.

1122 Jede und jeder soll frei entscheiden können, was auf den Teller kommt. Die EU kann die
1123 Entscheidungsfreiheit von Verbraucher*innen schützen, indem sie für verlässliche
1124 Informationen über Herkunft und Inhalt von Lebensmitteln sorgt. Wir unterstützen daher
1125 europaweite Labels, um nachhaltigen, regionalen, saisonalen, vielfältigen und
1126 tierschutzkonformen Konsum zu ermöglichen. Mit einem EU-weiten Rahmen für nachhaltige
1127 Ernährungssysteme stellen wir die Zeichen auf Nachhaltigkeit. Wir wollen etwa durch
1128 Änderungen des Vergaberechts Anreize setzen für eine bessere Ernährung in der
1129 Gemeinschaftsverpflegung, von Kita bis Krankenhaus. Wir wollen ein Umfeld schaffen, in dem
1130 es leicht ist, sich gesund und nachhaltig zu ernähren. Wir wollen, dass Nahrungsmittel frei
1131 von chemischen Rückständen wie Pestiziden und hormonwirksamen Stoffen sind. So schaffen wir
1132 eine nachhaltige und gesunde Ernährung für alle, besonders für Kinder.

1133 Lebensmittel gehören auf den Teller und nicht in den Müll. Wir setzen uns deshalb für
1134 rechtsverbindliche Maßnahmen ein, um die Lebensmittelverschwendung bis 2030 zu halbieren,
1135 einschließlich der Neubewertung von Aussortierungsmerkmalen und Supermarktnormen sowie der
1136 Einführung von Verzehr- statt Mindesthaltbarkeitsdaten, um verbindlichere Angaben für die
1137 sichere Verzehrbarkeit von Lebensmitteln zu liefern.

1138 Ökologische Landwirtschaft gestalten

1139 Europas Landwirtschaft muss nachhaltiger wirtschaften, um die Ernährung der Zukunft zu
1140 sichern. Agrarökologische Ansätze, die dieses Ziel verfolgen, können dabei der gesamten
1141 Landwirtschaft helfen. Ökologische Landwirtschaft ist die Vorreiterin dafür: Unser Ziel ist
1142 es, bis 2030 einen Anteil von 25 Prozent ökologischer Landwirtschaft zu erreichen und diesen
1143 Anteil bis 2035 und darüber hinaus weiter zu erhöhen. Ökologisch wirtschaftende Betriebe
1144 erzielen in Deutschland ein höheres Einkommen pro Person als konventionelle Betriebe. Das
1145 zeigt, dass es sich schon jetzt finanziell lohnt, in eine regionale und nachhaltige
1146 Wirtschaftsweise zu investieren. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür stärken.

1147 Dazu gehört auch die Forschungs- und Förderpolitik der EU. Es braucht mindestens 30 Prozent
1148 der Mittel für den Ökolandbau in der Züchtungsforschung sowie Unterstützung bei der
1149 Entwicklung innovativer Konzepte für die Bio-Wertschöpfungskette. Außerdem sollen
1150 Ökobetriebe nicht mehr doppelt nachweisen müssen, dass sie Vorschriften einhalten. Das EU-
1151 Biosiegel wollen wir beim Tierschutz, insbesondere in der Eierproduktion, nachschärfen.

1152 Für eine nachhaltige und transparente Landwirtschaft ist es unabdingbar, dass Betriebe, die
1153 gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun können. Die EU soll garantieren, dass
1154 alle wissen, was bei ihnen auf den Teller kommt und wo es hergestellt wurde. Transparenz und
1155 Wahlfreiheit müssen besonders bei gentechnisch veränderten Futter- und Lebensmitteln
1156 sichergestellt werden. Patente auf Pflanzen lehnen wir ab, egal ob diese ihren Ursprung in
1157 konventioneller Züchtung oder in gentechnischen Verfahren haben. Damit sichern wir die
1158 Zukunft besonders kleiner und mittelständischer Landwirtschafts- und Zuchtbetriebe.

1159 Der übermäßige Einsatz von Pestiziden belastet unsere Natur auf vielfache Weise. Die bisher
1160 verabschiedeten europäischen Pläne zur Schadstoffreduktion aber werden noch nicht konkret
1161 umgesetzt. Das wollen wir ändern und dafür sorgen, dass die Ziele der EU auf
1162 wissenschaftlicher Basis weiterentwickelt werden. Die Mitgliedstaaten wollen wir zu weiteren
1163 wirksamen Maßnahmen verpflichten, etwa einer Pestizidabgabe.

1164 Wir schließen Rechtslücken, die bisher zum Beispiel den Einsatz von
1165 fruchtbarkeitsschädigenden Chemikalien in Dünger oder von Mikroplastik in Pestiziden
1166 erlauben. Die Genehmigungsverfahren für Pestizide wollen wir reformieren, indem die
1167 vorgelegten Studien nicht mehr von den Herstellern, sondern von den Bewertungsbehörden in

1168 Auftrag gegeben werden. Die Hersteller dürfen sich nicht länger aussuchen können, in welchem
1169 Mitgliedstaat die Behörden ihre Anträge prüfen. Um Zeit und Kapazitäten zu gewinnen,
1170 beschleunigen wir die Genehmigungsverfahren von Stoffen, bei denen früh klar ist, dass sie
1171 aufgrund von Ausschlusskriterien nicht genehmigungsfähig sind. Zudem setzen wir uns für die
1172 konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips ein, sodass Unternehmen, die Pestizide in den
1173 Verkehr bringen, für entstandene Schäden im Grundwasser oder in der Biolandwirtschaft
1174 haften.

1175 Mit Nachhaltigkeit Ernährung sichern

1176 Die Landwirtschaft leidet besonders unter der Klimakrise mit langen Dürren und plötzlichem
1177 Starkregen. Wenn wir die Überdüngung beenden, den Einsatz von fossilen Düngern zurückfahren
1178 und die Böden wieder zu Senken von CO₂ machen, ist die Landwirtschaft ein zentraler Teil des
1179 natürlichen Klimaschutzes. Deshalb setzen wir uns für die Wiedervernässung von Mooren, den
1180 Aufbau von Holzmasse und die Weidewirtschaft ein – mit stabilen Einkommensperspektiven für
1181 Landwirt*innen. So kann die Landwirtschaft ihren nötigen Beitrag zum Klimaschutz und zur
1182 Klimaanpassung leisten.

1183 Die Wiedervernässung der Moore geht nur mit den Landwirt*innen zusammen. Uns ist wichtig,
1184 dass die Wertschöpfung in den Moorregionen erhalten bleibt. Deswegen unterstützen wir
1185 Landwirt*innen bei der Bewirtschaftung von wiedervernässten Moorflächen und fördern den
1186 Aufbau neuer Wertschöpfungsketten in ländlichen Räumen. Sowohl Moore als auch die
1187 Weidewirtschaft auf mineralischen Böden sind ein echter Klimaschützer, da hier deutlich mehr
1188 Kohlenstoff gespeichert wird als im Ackerboden. Außerdem stellt die Weidewirtschaft die
1189 tierfreundlichste Haltung dar. Diese wollen wir stärker fördern.

1190 Die europäischen Meere und ihre Fischbestände sind in einem schlechten Zustand. Wir werden
1191 deshalb die Meeresumwelt besser schützen, um auch den Fischbeständen und unseren
1192 Fischer*innen eine nachhaltige Perspektive zu geben. Deshalb unterstützen wir den
1193 Aktionsplan der Kommission zur Erhaltung der Fischereiressourcen und zum Schutz der
1194 Meeresökosysteme. Wir fördern Alternativen zur Stellnetz- und Schleppnetzfisherei und gehen
1195 gegen besonders umweltschädliche Fangmethoden vor.

1196 Tiere gut halten

1197 Wir wollen die Tierhaltung so gestalten, dass sie wertvolle Lebensmittel liefern kann, Tiere
1198 als Lebewesen in ihren Bedürfnissen respektiert und Teil einer nachhaltigen Bewirtschaftung
1199 unserer vielfältigen Landschaften ist. Die industrielle Tierhaltung dagegen gefährdet
1200 essenzielle Lebensgrundlagen und die Gesundheit der Menschen: zoonotische Erreger,
1201 multiresistente Keime, Trinkwasserverschmutzung, Lebensraumzerstörung, Artenverlust,
1202 Lebensmittelverschwendung in der Tiermast und hohe Klimagasemissionen – wenn wir Tieren
1203 schaden, schaden wir uns letztlich selbst.

1204 Deshalb wollen wir weniger Tiere besser halten und die Züchtung auf ihre Gesundheit
1205 konzentrieren. Daher setzen wir uns für die Etablierung, Verbesserung und bessere Kontrolle
1206 einheitlicher europaweiter Tierschutzstandards in Zucht, Haltung, Transport, Tötung und
1207 Handel ein. Das umfasst das Ende von Käfig- und Kastenhaltung sowie von fehlenden
1208 Brandschutzvorkehrungen. Im Mittelpunkt steht für uns die möglichst lokale Verarbeitung: Wir
1209 brauchen eine deutliche Reduzierung von Lebendtiertransporten. Dabei möchten wir
1210 Langstreckentransporte auf acht Stunden begrenzen und Tiertransporte in schwer
1211 kontrollierbare Regionen unterbinden. Bei der Schlachtung fordern wir eine bessere

1212 Kontrolle, ein Ende der CO₂- und Wasserbadbetäubung, die Betäubungspflicht bei der Tötung
1213 von Fischen, Krebsen, Hummern und Tintenfischen und ein Verbot der Tötung von Küken.

1214 Die Gesundheit von Mensch und Tier ist durch den übermäßigen Antibiotikaeinsatz in der
1215 landwirtschaftlichen Tierhaltung massiv bedroht. Derzeit werden mehr Antibiotika an gesunde
1216 Tiere als an kranke Menschen verabreicht. Den Antibiotikaeinsatz wollen wir drastisch
1217 reduzieren, um die Entstehung multiresistenter Keime zu vermeiden, die eine der größten
1218 gesundheitlichen Bedrohungen auch für den Menschen darstellen. Dafür braucht es eine
1219 Umstellung auf bessere Haltungsformen, eine Steigerung der Tiergesundheit, die Einschränkung
1220 der Gruppenbehandlung und vorrangige Behandlung kranker Einzeltiere. Reserveantibiotika
1221 sollen der Humanmedizin vorbehalten sein.